

Leich

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

| | |
|--|----|
| Zur Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas | 1 |
| S. IWANOW — Die sozialdemokratischen Parteien und die Einheit der Arbeiterbewegung | 4 |
| A. MOSKWIN — Über die unvereinbart gebliebenen Artikel des österreichischen Vertrages | 9 |
| P. WISCHNJAKOW — Die Streiks in Frankreich | 13 |
| Über die Waisen aus Lettland und über das Kriegsverschleppen lager in Neustadt. Offener Brief Irene Philippowas | 17 |
| Internationale Umschau (Notizen) | 22 |
| L. GRINBERG — München—Stuttgart (Notizen eines Korrespon- dentten) | 26 |
| Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen | 30 |
| Chronik der internationalen Ereignisse | 31 |

26

27. Juni 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Zur Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas

DIE verheerenden Folgen des zweiten Weltkrieges sind sehr schwer zu beseitigen. Dieser Krieg hat mit seinen Zerstörungen und Opfern alles übertroffen, was die Geschichte kennt. Die Resultate der Anstrengungen vieler Generationen sind durch die Kriegshandlungen und die grausame faschistische Okkupation in alle Winde geweht. Besonders groß sind die Verluste und Zerstörungen in der Sowjetunion, die bei der Niederwerfung der Europa ausplündernden faschistischen Heerhaufen die entscheidende Rolle gespielt hat. Die europäischen Völker bieten alle Kräfte auf, um ihre Wirtschaft wiederherzustellen und in Gang zu bringen und die ihnen vom Kriege geschlagenen Wunden zu heilen.

Die beiden verflossenen Nachkriegsjahre haben in vollem Maße gezeigt, wie groß die Zerstörungen sind, sie haben ferner gezeigt, wie schwer es ist, die Wirtschaft wiederaufzubauen. Wir sehen, mit welcher Beharrlichkeit und Begeisterung und wie erfolgreich die Völker der Länder, denen es gelungen ist, sich von dem todbringenden Griff der reaktionären Kräfte zu befreien, ihre Volkswirtschaft wiederherstellen. Selbst ein so stark in Mitleidenschaft gezogenes Land wie Jugoslawien hat fühlbare Wiederaufbauerfolge erzielt. In der Tschechoslowakei aber, deren Industrie dank dem raschen Vorrücken der Sowjetarmee gerettet wurde, ist der Prozeß des Wiederaufbaus so weit fortgeschritten, daß das Produktionsniveau schon in diesem Jahre dem Vorkriegsniveau nahekommt.

Anders steht die Sache in denjenigen Ländern, wo die berechtigten Wünsche des Volkes keine Befriedigung gefunden haben und wo der Kurs der Wirtschaftspolitik bestimmt wird durch die

eigennützigen Interessen der Monopolcliquen, während die Staatsangelegenheiten von politischen Geschäftemachern besorgt werden, die häufig als Agenten des ausländischen Finanzkapitals fungieren. Auch in diesen Ländern jedoch bieten die Volksmassen große Anstrengungen auf, um die Volkswirtschaft wiederherzustellen.

Natürlich würde die Wiederherstellung der zerstörten Wirtschaft der europäischen Länder in hohem Grade erleichtert und beschleunigt werden, wenn die USA sie durch Anleihen, Kredite und Lieferungen unterstützten. Es ist allgemein bekannt, daß die USA eine solche Hilfe leisten können, da ihre Produktionskräfte während des Krieges nicht nur keine Einbuße erlitten haben, sondern sogar gewachsen sind. Sie verfügen über große Kreditmöglichkeiten und bedeutende Überschüsse an Lebensmitteln und Industriewaren.

Andererseits ist bekannt, daß die USA vom Standpunkt der Wohlfahrt ihrer Wirtschaft sehr daran interessiert sind, daß die europäischen Länder sich recht rasch von den schweren Folgen des Krieges erholen, denn dann wäre die Wiederherstellung eines normalen Warenaustausches möglich. Solange die durch den Krieg hervorgerufene Zerrüttung nicht liquidiert ist, sind die europäischen Staaten, obgleich sie an vielen Waren großen Mangel leiden, nicht imstande, sie jenseits des Ozeans zu kaufen, da ihnen die erforderlichen Zahlungsmittel fehlen.

Europa war auch vor dem Kriege der wichtigste Absatzmarkt für amerikanische Waren. Jetzt, wo die nächsten Wirtschaftsperspektiven der USA durch das Gespenst der herannahenden Krise verdüstert werden, hat der Export nach Europa für die amerikanische Wirtschaft größere Bedeutung

als je zuvor. Es ist den USA während des Krieges gelungen, ihre Ausfuhr gegenüber der Vorkriegszeit zu vervielfachen: von 3,5 Milliarden Dollar 1937 auf 15 Milliarden Dollar 1946. Dabei wird ein bedeutender Teil des Exports direkt oder indirekt von der Regierung finanziert. Das erreichte Ausfuhrniveau nicht nur zu behaupten, sondern es auch bedeutend zu steigern — dieser Aufgabe wird in den Wirtschaftskreisen der USA erstrangige Bedeutung beigemessen. Indessen bildet der Mangel an amerikanischen Zahlungsmitteln in den vom Kriege verheerten europäischen Ländern natürlich eine Schranke für ihre Importmöglichkeiten, was den Horizont des amerikanischen Außenhandels unvermeidlich verdunkelt.

Alles das ist weithin bekannt, und die Völker der europäischen Länder legen sich vortrefflich darüber Rechenschaft ab, daß die ökonomische Hilfe der Vereinigten Staaten, die für sie jetzt von so großer Bedeutung ist, nicht nur eine gerechte, sondern auch für beide Seiten vorteilhafte Sache wäre. Ist es doch absolut klar, daß es sich nicht um Wohltätigkeit handelt, sondern um geschäftliche Maßnahmen, an deren Realisierung nicht nur die europäischen Länder, sondern auch die USA interessiert sind.

Gleichzeitig aber sehen sowohl die Volksmassen als auch die politischen Kreise der europäischen Länder, daß die Gewährung amerikanischer Hilfe in der Praxis häufig an Bedingungen geknüpft wird, die mit den nationalen Lebensinteressen und der Würde souveräner Länder nicht zu vereinbaren sind. Auf diesem Gebiet gibt es bereits sehr anschauliche Beispiele. Natürlich kann kein einziges demokratisches Land Europas Kredite und Anleihebedingungen akzeptieren, wie sie Griechenland und der Türkei auf Grund der sogenannten „Trumandoktrin“ aufgezwungen worden sind. Mit solchen Bedingungen können sich nur volksfeindliche Staatssysteme einverstanden erklären, die keinen Stützpunkt innerhalb des Landes haben und ihn in ausländischen Finanzkreisen suchen.

Eine solche Hilfe kann schwerlich als wirkliche Wirtschaftshilfe bezeichnet werden. Sie bedingt die direkte Einmischung in die inneren Angelegen-

heiten der kredithaltenden Staaten und dient nicht dem Wiederaufbau ihrer Wirtschaft. Das auf diesem Wege eingehende Geld kommt nicht dem Volke zugute und dient nicht den Interessen des ganzen Landes. Wir haben das am Beispiel Griechenlands gesehen. Schon lange wird dieses Land durch eine sogenannte Hilfe beglückt, anfänglich von England, dann von den USA, in Form von Geld und Waren, — und dennoch versinkt es immer tiefer in dem Wirbel des Wirtschaftschaos. Es ist ganz augenscheinlich, daß dieses Chaos durch das Schalten und Walten der faschistischen Monarchisten und Spekulanten, die aus dem Elend des Volkes Kapital schlagen, größer wird. Indessen ist die ausländische Wirtschaftshilfe voll und ganz darauf gerichtet, gegen den Willen des griechischen Volkes eben ein derart reaktionäres Regime aufrechtzuerhalten.

Handelt es sich um die ökonomische Unterstützung der demokratischen Länder Europas durch die USA, so müssen folglich von vornherein alle Bedingungen, die die nationale Souveränität und die Selbständigkeit des Landes in seiner Außen- und Innenpolitik beeinträchtigen, abgelehnt werden, da sie unvereinbar sind mit den Interessen jedes einzelnen Landes ebenso wie der gesamten Weltwirtschaft.

In der Rede, die USA-Staatssekretär Marshall kürzlich vor Studenten der Harvard University gehalten hat, wurde vorgeschlagen, den Wiederaufbau der europäischen Länder unterstützen zu wollen. Marshall entwarf ein außerordentlich düsteres Bild von der Zerrüttung des ganzen europäischen Wirtschaftssystems und den Schwierigkeiten seiner Wiederherstellung. Nicht nur im Interesse Europas, sondern auch im eigenen Interesse, erklärte Marshall, müßten die USA Maßnahmen ergreifen, um die Welt zu gesunden ökonomischen Verhältnissen zurückzuführen. Er sagte, die USA würden, wenn die europäischen Länder bei der Ausarbeitung eines Programms für ihren wirtschaftlichen Wiederaufbau Initiative zeigen, ihnen hierbei zu Hilfe kommen können.

Marshall's Vorschlag wurde von politischen Kreisen Englands und Frankreichs aufgegriffen. Schon ein paar Tage später traf der englische Außenminister Bevin mit dem französischen

Außenminister Bidault in Paris zusammen, um die Erklärung Marshalls zu erörtern. Über den Inhalt und die Richtung dieser Verhandlungen verlautete nichts. Nach ihrer Beendigung jedoch wandten sich die britische und die französische Regierung an die Regierung der Sowjetunion mit dem Vorschlag, eine Beratung der Außenminister der drei Länder — Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion — zu veranstalten, um praktische Maßnahmen zu erwägen zwecks Realisierung der amerikanischen Vorschläge und zwecks Aufstellung europäischer Wirtschaftsprogramme.

Die Sowjetregierung hat diesen Vorschlag akzeptiert, obgleich sie in ihrer Antwort bemerkte, daß sie gegenwärtig nicht über Angaben hinsichtlich des Charakters und der Bedingungen einer eventuellen wirtschaftlichen Unterstützung der europäischen Länder durch die Vereinigten Staaten verfüge.

Indessen sind, wenn man die vorhandenen Erfahrungen berücksichtigt, gerade diese Bedingungen von entscheidender Bedeutung. Wie das Presseecho zeigt, war das erste, was vor der öffentlichen Meinung der demokratischen Länder im Zusammenhang mit den Vorschlägen Marshalls auftauchte, die Frage, in welchem Verhältnis diese Vorschläge zu der „Trumandoktrin“ stehen. Die realen Perspektiven der amerikanischen Pläne hängen vor allem von der Beantwortung dieser Frage ab.

Marshalls Vorschlag ist nur in den allgemeinsten Ausdrücken formuliert worden. Allerdings hat die USA-Presse auseinandergesetzt, es handle sich um amerikanische Kredite an die europäischen Länder in Höhe von mehreren Milliarden Dollar. Bis jetzt liegen jedoch keine genügenden Angaben darüber vor, um beurteilen zu können, an welche Bedingungen die Gewährung dieser Kredite geknüpft werden soll. In den Unterhaus-

debatten über Fragen der Außenpolitik hat Bevin am 19. Juni gleichfalls eine recht nebelhafte Ausdeutung der Marshallerklärung geliefert. Er sagte, diese Erklärung sei nicht „reduziert gewesen auf aktuelle Pläne oder Vorschläge, sondern hing eher zusammen mit jenem historischen Ausdruck amerikanischer Ansichten; es ist die Idee, die das Problem aus einem Problem der einzelnen Länder zu dem Problem eines Kontinents macht“.

In dem Schreiben der französischen Regierung an die Sowjetunion wird es als notwendig bezeichnet, einen konkreten Plan aufzustellen und vorzulegen, der mit den USA erörtert werden könnte. Hierbei wird betont, es handle sich um ökonomische, und nicht um politische Fragen.

Auf der anderen Seite jedoch sind die Anhänger des sogenannten „Westblocks“ bereits drauf und dran, den Marshallvorschlag als einen Schritt auszuzeichnen, den man ausnutzen könnte, um Churchills Pläne zu verwirklichen, die bekanntlich nicht auf die Vereinigung der Anstrengungen Europas für seinen ökonomischen Wiederaufbau und die Rückkehr zu normalen internationalen Wirtschaftsbeziehungen gerichtet sind, sondern ganz andere, und zwar höchst abenteuerliche Ziele verfolgen.

Angesichts solcher widersprechender Ausdeutungen ist es jetzt noch schwer, darüber zu urteilen, in welchem Maße die vom Staatssekretär der USA vorgeschlagene Unterstützung Europas realisiert werden und ihr Ziel erreichen wird. Handelt es sich wirklich um ernste ökonomische Maßnahmen, die die Entwicklung und Konsolidierung der Wirtschaft der europäischen Länder und die Stabilisierung des internationalen Warenaustausches bezwecken, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Völker aller europäischen Länder und ihre Regierungen diese Maßnahmen unterstützen werden.

Die sozialdemokratischen Parteien und die Einheit der Arbeiterbewegung*

S. IWANOW

DIE Sozialistische Partei Italiens, an deren Spitze Pietro Nenni steht, spielte und spielt weiter eine sehr entscheidende Rolle in dem Kampf, den die Arbeiterklasse der europäischen Länder gegen den Ansturm der internationalen Reaktion und gegen ihre Helfershelfer aus dem Lager der rechten Sozialdemokraten zu führen hat. In der Presse, auf den Parteitag und auf den internationalen Sozialistenkonferenzen bringen ihre Führer gewichtige prinzipielle und politische Einwände gegen die geplante Wiederherstellung der Sozialistischen Internationale in ihrer Vorkriegsform vor. Sie treten entschlossen gegen die Machenschaften derjenigen auf, die danach streben, hinter dem Schutzschirm des „internationalen Sozialismus“ eine Nebenzentrale der Reaktion zu schaffen für deren Kampf gegen die demokratischen Errungenschaften und Bestrebungen der Volksmassen und gegen die Sowjetunion. Auf dem Florenzer Parteitag der Sozialistischen Partei im April 1946 entlarvte Nenni die Versuche einiger Führer westeuropäischer sozialistischer Parteien, unter der Gestalt einer Internationale eine Spielart des „Westblocks“ zusammenzustoßeln.

Der letzte Parteitag der Sozialistischen Partei Italiens, der vom 9. bis 13. Januar 1947 tagte, sanktionierte in einer einstimmig angenommenen Resolution die Mitarbeit der Partei an dem Londoner Büro für Information und Fühlungnahme der Sozialisten. In der gleichen Resolution aber wird eigens die Forderung betont, eine „Internationale aller proletarischen Parteien, errichtet nach dem Prinzip der Einheit der Werktätigen aller Länder der Welt“, zu schaffen.

Die Sozialistische Partei Italiens spricht sich also für die Schaffung einer einheitlichen internationalen Organisation aus, die alle Arbeiterparteien umfassen würde — sozialistische und kommunistische.

Eine solche Stellungnahme ergibt sich als logische Folge aus der ganzen Politik der Sozialistischen Partei Italiens, aus ihrer praktischen Tätigkeit innerhalb des Landes, aus ihrer Haltung zu den wichtigsten internationalen Problemen der Gegenwart.

Die Sozialistische Partei Italiens ist im Prozesse der antifaschistischen Volksbewegung, des bewaffneten Befreiungskampfes der Partisanenabteilungen der Arbeiterklasse gewachsen. Sie hat großen Nutzen gezogen aus der Massenpraxis der Aktionseinheit der Kommunisten und der Sozialisten. Ihre zahlenmäßige Stärke und ihr Ansehen wachsen in dem gleichen Maße, wie die Partei die Entfaltung demokratischer Initiative der Werktätigen in ihrem Kampf für die Verwirklichung der fortschrittlichen sozialökonomischen und politischen Umbildungen im Lande unterstützt.

Sogar auf dem Gebiet der innerparteilichen Entwicklung vermochte die Sozialistische Partei Italiens allmählich ihre Reihen zu konsolidieren, aber nur in dem Maße, in welchem sie, den Stimmungen der Arbeiterklasse und den Anforderungen der Situation Rechnung tragend, die rechten reformistischen Elemente verdrängte und Männer zu Führern machte, die sich nicht fürchteten, zusammen mit der fortgeschrittenen Partei der Arbeiterklasse — der Kommunistischen Partei — den Weg des Kampfes für die Wiedergeburt des Landes zu beschreiten. Anders konnte es auch nicht sein. Die Aktionseinheit der Kommunisten und der Sozialisten trug dazu bei, daß die Einheit der Gewerkschaftsbewegung im Lande verwirklicht wurde. An Stelle der früher existierenden, einander befehdenden vier Gewerkschaftsbünde trat die Allgemeine Konföderation der Arbeit Italiens ins Leben, in der 6 Millionen Arbeiter zusammengeschlossen sind. Damit gewann die italienische Demokratie ein festes und organisiertes soziales Fundament und eine mächtige Triebkraft. Es ist deshalb kein Zufall, daß seit dem Sommer 1943 in allen von den leitenden Organen der Sozialistischen Partei angenommenen Beschlüssen, auch auf Konferenzen und Parteitagen, vor allem die Notwendigkeit betont wurde, die Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien weiter zu festigen, und es sogar, wenn auch in etwas fernerer Perspektive, durchzusetzen, daß eine einheitliche Arbeiterpartei geschaffen wird.

Der letzte Parteitag beschloß einen Aufruf an die Werktätigen Italiens, worin es heißt, daß die Sozialistische Partei, bestrebt, mit allen wahrhaft demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten, die Kommunistische Partei als ihren natürlichen Ver-

* Schluß. Siehe die vorige Nummer unserer Zeitschrift.

bündeten in den Betrieben, auf dem Lande, in den Gemeindeorganen und im Parlament ansieht.

Auch in der Frage der Demokratie herrschen in der Sozialistischen Partei Italiens Ansichten vor, die von dem bürgerlich-liberalen Vulgärstandpunkt anderer sozialistischer Parteien Westeuropas verschieden sind. Die Partei sieht die Lösung der Probleme der Demokratie nicht in der Anerkennung der formalen Demokratie, sondern in ihrem inneren sozialen und ökonomischen Gehalt, und das bedeutet in erster Linie die Verwirklichung der Forderungen: das Land den Bauern und Nationalisierung der Industrie und der Banken.

Was die Verteilung der parteipolitischen Kräfte im Lande betrifft, so muß die Sozialistische Partei, wie Nenni sagt, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei an der Spitze eines Blocks demokratischer Organisationen marschieren, nicht aber die Stelle eines Zentrums ausfüllen, das zwischen dem Lager der Reaktion und dem Lager der Demokratie laviert. Von diesem Standpunkt aus haben Nenni und das Zentralorgan der Partei, „Avanti“, wiederholt die „zentristische“ Taktik der Sozialistischen Partei Frankreichs kritisiert.

Der Standpunkt der Sozialistischen Partei Italiens in den wichtigsten innerpolitischen und allgemein prinzipiellen Fragen mußte ihre logische Fortsetzung finden auch in den wichtigsten internationalen Fragen. So urteilt die sozialistische Presse Italiens, zum Unterschied von den Führern anderer sozialdemokratischer Parteien Westeuropas, außerordentlich positiv über die Bedeutung der sozialökonomischen und politischen Umgestaltungen in den Ländern der neuen Demokratie. Der „Avanti“ vom 19. Januar schreibt in einem Artikel über die Situation in den erwähnten Ländern, veranlaßt durch die Wahlen in Polen, folgendes:

Wollte man den Worten unserer Presse, von der extremen bis zu der Saragats, Glauben schenken, so handelt es sich in Polen um einen Zweikampf zwischen 'Totalitarismus' und den demokratischen Zuständen des Westens. In Wirklichkeit aber haben wir es zu tun mit einem Zusammenstoß zwischen den Anhängern der Bodenreform und der Nationalisierung der Industrie einerseits und den Verteidigern der Interessen der Großgrundbesitzer und der Industriellen andererseits... Der gemeinsame Wesenszug der Demokratie Osteuropas ist ihr mutiges, heroisches Bemühen, die Grundlagen des ökonomischen Lebens zu ändern, um den Menschen zu ändern."

Weiter verweist die Zeitung auf den fortschrittlichen Charakter der ökonomischen Reformen in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien, um dann zu betonen:

„Für uns ist nur eins wichtig, nämlich daß eine analoge Bewegung künftig auch hier“ (in Italien) „vor sich geht, ohne auf Hindernisse in Form von ‚zentristischen‘ Betrügereien zu stoßen, die den Begriff der

Freiheit fälschen und ihn als eine Barriere benutzen auf dem Wege zur konkreten, praktischen Verwirklichung des Sozialismus.“

Wir wollen nebenbei daran erinnern, daß die Zeitung der Sozialistischen Partei Frankreichs, „Le Populaire“, Artikel von Charles Dumas über Polen veröffentlicht hat, in denen er die Arbeiterparteien verleumdet und Mikolajczyk in Schutz nimmt.

Gegenüber der Sowjetunion nehmen die italienischen Sozialisten ebenfalls einen Standpunkt ein, der von der sowjetfeindlichen Linie der reaktionären Führung der meisten anderen sozialdemokratischen Parteien Westeuropas abweicht.

Ein Charakterzug der Situation im Lager der sozialistischen Parteien besteht darin, daß tiefgreifende ideologische und politische Meinungsverschiedenheiten unter ihnen existieren. Die Parteien, die sich um die englischen Labouristen gruppieren, werden geführt von Leuten, die nur mühsam eine gemeinsame Sprache finden mit vielen sozialdemokratischen Parteien Europas, besonders mit den Parteien in den Ländern der neuen Demokratie.

Die Führer mancher großer sozialistischer und labouristischer Parteien haben den langen Weg des Revisionismus und Opportunismus zurückgelegt. Nachdem sie sich die Stellung von regierenden Parteien in bürgerlichen Staaten erkämpft haben, führen sie unter dem Deckmantel einer sozialen Demagogie die Politik der Bourgeoisie ihres Landes durch. Diese Politik hat ihre eigenen Gesetze, ihre eigene Logik. Sie strebt nicht nach Verwirklichung der sozialistischen Ordnung. Das große Land des Sozialismus ist ihr ein Dorn im Auge. Nicht abfinden kann sich diese Politik auch mit den fortschrittlich-demokratischen oder wahrhaft sozialistischen Bewegungen irgendeines Landes, da diese Bewegungen gegen die ökonomische und politische Herrschaft der großen Kapitalisten und Gutsbesitzer gerichtet sind, da sie Schläge führen gegen die Kräfte der inneren Reaktion und gegen die Agenten des ausländischen Finanzkapitals.

Bei der Durchführung und Verteidigung ihrer Politik geben sich die rechten Führer der sozialistischen Parteien Westeuropas auch auf ideologischem Gebiet nicht mehr mit Versuchen zufrieden, den Marxismus zu revidieren. Sie sind angetreten zum offenen Krieg gegen den wissenschaftlichen Sozialismus, gegen den Marxismus. In diesem Krieg operieren sie mit rostigen Waffen, entlehnt aus dem ideologischen Arsenal reaktionärer „gelehrter“ Quacksalber, die sowohl auf dem Gebiet der politischen Ökonomie als auch auf dem der Philosophie, in erster Linie auf dem Gebiet des Spiritualismus, ihr Wesen treiben.

Eine andere Politik treiben, einen anderen Weg beschreiten, andere grundlegende Prinzipien befolgen die sozialistischen Parteien Ost- und Südosteuropas. Diese Parteien, die sich an der Volksbefreiungsbewegung gegen die faschistischen Okkupanten und ihre Handlanger beteiligt haben, marschieren weiter vorwärts. Sie marschieren in einheitlicher Front mit den kommunistischen Parteien und anderen antifaschistischen Parteien und beteiligen sich aktiv an der Durchführung tiefgreifender sozialökonomischer und politischer Umgestaltungen in ihren Ländern. Diese sozialistischen Parteien bemühen sich, durch ihre praktische Tätigkeit dazu beizutragen, daß in ihren Ländern Bedingungen und Voraussetzungen geschaffen werden, die den Vormarsch zum Sozialismus erleichtern. Auch ihre Politik hat ihre eigenen Gesetze, ihre eigene Logik. Ihren Erfolg sichern, heißt die durchgeführten Umbildungen in der Wirtschaft und auf dem Gebiet der Demokratisierung des Staatssystems vervollkommen und verankern, die vorgesehenen Zwei- bzw. Dreijahrespläne der Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft erfolgreich verwirklichen, die Reaktionäre endgültig aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben verdrängen, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauernmassen konsolidieren, den Druck und die Machenschaften der Kräfte des ausländischen Finanzkapitals und der Imperialisten gebührend zurückweisen und die nationale und staatliche Unabhängigkeit und Souveränität des eigenen Landes sicherstellen. Alles das setzt voraus, ja erheischt gebieterisch die Aufrechterhaltung und weitere Festigung des Blocks der demokratischen Kräfte, eine noch größere Festigung der Aktionseinheit der Arbeiterparteien, ein noch solidarischeres Vorgehen der Sozialisten und Kommunisten.

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und das Bündnis der Arbeiterschaft mit dem Bauerntum bildet eine lebenswichtige Bedingung und das Fundament für die Existenz, die progressive Entwicklung und die Unabhängigkeit dieser Länder. Der Zerfall dieses Fundaments, den die internationale Reaktion und ihre Helfershelfer anstreben, würde die Länder Ost- und Südosteuropas in die tiefste Krise, in Stagnation und Rückschritt hineinführen und die Gefahr einer Unterjochung dieser Länder heraufbeschwören. Das begreifen sowohl die Kommunisten als auch die Sozialisten, wie aus den Äußerungen der Führer und der Presse dieser Parteien zu ersehen ist. In Richtung auf die Festigung der Aktionseinheit entwickeln sich in der Praxis die beiderseitigen Anstrengungen und Bestrebungen der Kommunisten und Sozialisten.

Anfang April 1946, in einer Rede auf dem Volkswirtschaftskongreß der PPS in Krakau, erklärte der Generalsekretär des Zentralen Vollzugsausschusses der Sozialistischen Partei Polens, Józef Cyrankiewicz, folgendes:

„Wir denken auch derjenigen, die sich heute so anstellen, als ob sie große Liebe für die Sozialistische Partei Polens empfänden. Sie möchten uns aber nicht dafür lieben, daß wir Sozialisten sind. Sie bandeln mit uns an, weil sie darauf hoffen, daß wir im Interesse der polnischen Reaktion, durch eingebilddete Hoffnungen eingelullt, uns in den Kampf z. B. gegen die Polnische Arbeiterpartei stürzen. Die Reaktionäre hoffen, daß wir zunächst mit den Kommunisten abrechnen werden, und wenn wir allein geblieben sind, dann werde die Reaktion schon mit uns so abrechnen, wie sie das vor dem September 1939 tun wollte, als die Kommunisten sich in der Illegalität befanden.“

Nicht weniger charakteristisch für die sozialistischen Parteien Ost- und Südosteuropas ist ein Umstand, der ihren Standpunkt von den Standpunkten der reaktionären Führer vieler sozialdemokratischer Parteien Westeuropas unterscheidet, nämlich ihre Haltung zu den Fragen der internationalen Politik, insbesondere zur Sowjetunion. In der Sowjetunion, dem einzigen Lande der Welt, wo der Sozialismus verwirklicht ist, sehen sie — davon sprechen ihre Führer, Abgeordneten, Minister, davon schreibt ihre Presse — einen starken Machtfaktor, der die entscheidende Rolle gespielt hat bei der Niederwerfung des hitlerfaschistischen Deutschlands und seiner Satelliten, der die europäische Zivilisation vom Untergang gerettet, den Völkern Ost- und Südosteuropas die nationale Befreiung gebracht und ihnen die Möglichkeit und die Freiheit demokratischer Entwicklung gesichert hat. Sie sehen in der Sowjetunion ein verlässliches Bollwerk der Unabhängigkeit und Sicherheit ihrer Länder, ein Bollwerk des internationalen Friedens, eine mächtige Stütze und den natürlichen Bundesgenossen der Demokratie in der ganzen Welt. Deshalb betonen die sozialistischen Parteien Polens, der Tschechoslowakei, Rumäniens, Ungarns und Bulgariens, daß die Freundschaft und das feste Bündnis mit der Sowjetunion der Eckstein der Außenpolitik ihrer Länder sind und sein müssen.

Kein Wunder daher, daß auch in der Frage der Schaffung einer sozialistischen Internationale, ihrer Zusammensetzung, ihrer Funktionen und Aufgaben die Positionen der sozialistischen Parteien Ost- und Südosteuropas sich grundlegend unterscheiden von den Positionen der meisten sozialistischen oder labouristischen Parteien Westeuropas.

Die sozialistischen Parteien Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Bulgariens, Rumäniens

äußern sich gegen die Wiederherstellung der sozialistischen Vorkriegsinternationale und gegen die Schaffung einer internationalen Sozialistenorganisation, die nichts anderes wäre als die förmliche Vollendung und eine Vertiefung der Spaltung der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte, ein Zentrum antikommunistischer Kampagnen, ein Werkzeug der sowjetfeindlichen Politik der imperialistischen Staaten. Schon während des Krieges schrieb in der in London erscheinenden tschechischen Zeitschrift „Nová Svoboda“ (November/Dezember 1943) Bohumil Laušman, ein namhafter Vertreter der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei, folgendes:

„Wenn manche Sozialisten mit allen Mitteln bemüht sind, die II. Internationale zum Leben zurückzurufen, so galvanisieren sie nur einen Leichnam und spielen selber die Rolle von Totengräbern der internationalen sozialistischen Einheit. Man muß jedenfalls wissen, daß die Einheit geboren wird in der Aktion, nicht aber in Diskussionsklubs, und daß der Prozeß der Einheit im Volke schon bedeutend weiter vorangeschritten ist...“

Zur Entlarvung des Bestrebens mancher Führer westeuropäischer Parteien, die oberflächlichen Traditionen der II. Internationale wiederzuerwecken und einen ideologischen und politischen Westblock der Sozialisten zu bilden, der gegen die Sowjetunion gerichtet wäre, schrieb ein anderer namhafter Vertreter der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei, der Abgeordnete Dr. Hajek, am 8. Mai 1946:

„Der Wunsch, die sowjetfeindlichen Tendenzen zu kombinieren mit der Orientierung auf die Labourpartei, würde den Gegnern des Sozialismus in die Hände arbeiten... Wahre Sozialisten lehnen eine solche Orientierung ab und wollen keine Erneuerung der Traditionen der II. Internationale.“

Die Presse der sozialistischen Parteien Ost- und Südosteuropas liefert reichliches Material, aus dem man erkennt, daß diese Parteien nur für eine Internationale zu haben sind, die die Arbeiterparteien aller Länder umfaßt. Dann würde sie, wie der „Narod“ (ein Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bulgariens) am 23. Januar 1947 schrieb, den grundlegenden Interessen der arbeitenden Klassen, dem Kampf für den Frieden, dem Kampf gegen Faschismus und Reaktion, dem Kampf für den Sozialismus dienen,

„aber nicht imperialistischen Blocks, die sie nur als eine spanische Wand benutzen würden für die reaktionären kapitalistischen Interessen oder als Form einer neuen Spaltung der Werktätigen der ganzen Welt“.

Die Zeitung „Libertatea“, ein Organ der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens, äußerte sich am 20. Februar 1947 über die internationalen

Konferenzen in Clacton und Bournemouth und schrieb:

„Aus den Fehlern der Vergangenheit lernend, haben wir“ (d. h. die rumänischen Sozialdemokraten) „zusammen mit den vier anderen sozialistischen Parteien der Länder des Donaubekkens“ (der bulgarischen, ungarischen, tschechischen und polnischen) „unseren Standpunkt in der Frage der Wiederherstellung der Internationale ausgesprochen: in der Welt ist jetzt nur eine Internationale möglich, die alle Arbeiterparteien — sozialistische wie kommunistische — umfassen würde.“

In einem Artikel „Antworten auf Fragen“, den der „Robotnik“, das Zentralorgan der Sozialistischen Partei Polens, am 10. Mai 1947 veröffentlichte, sprach der Vorsitzende des Präsidiums des Hauptparteirats, Stanislaw Szwalbe, von der Hauptposition der PPS in der Frage der proletarischen Einheit und schrieb:

„Die PPS ist natürlich im Prinzip für eine einzige Arbeiterpartei mit sozialistisch-marxistischer Ideologie, ebenso wie für eine einzige Internationale.“

Die Delegierten der Sozialistischen Partei Polens und der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei vertraten sowohl auf den oben erwähnten internationalen Sozialistenkonferenzen als auch auf der Züricher Konferenz einen ganz anderen Standpunkt als die Vertreter der englischen Labourpartei, der sozialdemokratischen Parteien der skandinavischen Länder und Österreichs, wo es um die Beurteilung der Rolle der deutschen Sozialdemokratischen Partei Schumachers und der Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ging. Ihrer Meinung nach ist die Partei Schumachers durch und durch verseucht vom Geiste des deutschen revanchistischen Chauvinismus, ein Werkzeug der inneren und ausländischen reaktionären Kräfte und eine potentielle Gefahr für die Demokratie und die nationale Unabhängigkeit der Länder Ost- und Südosteuropas. Auf der anderen Seite halten sie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands für die einzige große Partei in Deutschland, deren Mühen und Taten auf eine wirkliche Demokratisierung des Landes und auf die Schaffung von Voraussetzungen für gutnachbarliche friedliche Beziehungen gerichtet sind. Die „Rzeczpospolita“ vom 8. Juni 1947 brachte einen Leitartikel über den Standpunkt der polnischen Sozialisten auf der Internationalen Konferenz in Zürich, worin es heißt:

„Wir setzen voraus, daß nicht nur die Delegation der PPS, sondern auch die Delegationen der anderen Länder sich der Zusammenarbeit mit den deutschen Sozialdemokraten widersetzen, die bei sich zu Hause eine chauvinistische, antidemokratische und revanchistische Politik durchführen, die in erster Linie gegen Polen gerichtet ist und dazu führen muß, daß der aggressive deutsche Imperialismus wiederaufersteht.“

Wir wollen hier daran erinnern, daß der „Avanti“ vom 2. März 1947 in einem Leitartikel schrieb, Kurt Schumacher erinnere

„am ehesten an den Präsidenten der Weimarer Republik, Fritz Ebert... Schumacher facht die glimmende Flamme des Nationalismus an, ohne dafür Sorge zu tragen, wie der Nazibrand gelöscht wird... Die deutsche Sozialdemokratie hält offenbar die politische Richtung, die Deutschland in die Hände Hindenburgs und dann Hitlers lieferte, für historisch gerechtfertigt und richtig.“

Man kann natürlich nicht behaupten, daß es in der Stellungnahme der sozialistischen Parteien Ost- oder Südosteuropas oder einzelner ihrer Führer keine Schwankungen in der Frage der Internationale oder in anderen wichtigen Fragen der internationalen und inneren Politik gäbe. Solche Schwankungen sind in diesen Parteien zweifellos vorhanden und ebenso — und zwar in noch höherem Maße — in den Reihen der Sozialistischen Partei Italiens. Es gibt bekanntlich Leute, die den Einflüsterungen und Versprechungen der rechten Führer der sozialistischen Parteien Westeuropas erliegen. In den Reihen dieser Parteien gibt es mehr oder weniger bedeutende Gruppen, die ihre spalterische Wühlarbeit nach wie vor fortsetzen. Sie operieren im Geiste des reaktionären Opportunismus sowohl in der Innen- und Außenpolitik als auch in der Frage der Internationale.

Derartige Tendenzen jedoch werden schwerlich imstande sein, den Hauptinhalt und die Hauptrichtung für die Entwicklung der Tätigkeit der sozialistischen Parteien Ost und Südosteuropas wesentlich zu beeinflussen. Erwähnt werden muß die allgemeine Billigung, die die sozialökonomischen und politischen Umgestaltungen in den Ländern Ost- und Südosteuropas in der Arbeiterklasse und den übrigen Volksmassen aller europäischen Länder gefunden haben und auch weiter finden. Dieser Umstand fördert zweifellos

die Entwicklung der progressiven Strömungen auch innerhalb der sozialistischen Parteien des Westens, er fördert die Verwirklichung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, den Zusammenschluß der demokratischen Kräfte und leistet der Sache des Friedens einen Dienst.

Spricht man von der Züricher Sozialistenkonferenz und von den neuen Momenten in der Entwicklung der sozialistischen Parteien Europas, so muß man schließlich bemerken, welche nicht geringe Bedeutung dem Wachstum der oppositionellen Stimmungen der proletarischen Mitglieder innerhalb der sozialistischen Parteien Westeuropas, auch innerhalb der englischen Labourpartei, zukommt. Diese Stimmungen sind gegen den reaktionären Kurs der Politik und die Spaltertaktik der führenden Oberschicht dieser Parteien gerichtet. Besonders bezeichnend in dieser Beziehung ist die Sachlage in der Sozialistischen Partei Frankreichs, die eine tiefe innere Krise durchmacht. Es wird Blum und Gesinnungsgegnossen trotz aller ihrer schlaun Manöver schwerlich gelingen, diese Opposition abzuwürgen. Sie wächst unentwegt in die Breite und in die Tiefe und strebt nach Aktionseinheit, um die Offensive der Reaktion und des Großkapitals gegen die sozialökonomischen Errungenschaften der Werktätigen und die demokratischen Freiheiten zurückschlagen zu können, die Brandstifter und Hetzer eines neuen Völkerkrieges in die Schranken zu weisen und den Wiederaufbau ihrer Länder zu beschleunigen.

Der Kampf für die Verwirklichung der Einheit der Werktätigen und den Zusammenschluß der demokratischen Kräfte in allen Ländern ist keine „private Sache“ der Kommunisten oder der Sozialisten — er ist eine Aufgabe der gesamten Demokratie, die für die Völker der ganzen Welt lebenswichtige Bedeutung hat.

Über die unvereinbart gebliebenen Artikel des österreichischen Vertrages

A. MOSKWIN

BEKANNTLICH hat der Außenministerrat auf seiner Moskauer Tagung im April 1947 eine Verständigung über einen bedeutenden Teil der Artikel des österreichischen Vertrages erzielt. Unter den unvereinbart gebliebenen sind die wichtigsten Artikel 35, der von den deutschen Vermögenswerten in Österreich handelt, und der mit ihm zusammenhängende Artikel 42 über das Eigentum der UNO-Staaten und ihrer Bürger in Österreich. Diese Fragen sind denn auch Hauptberatungsgegenstand der in Wien tagenden, vom Außenministerrat eingesetzten Kommission der verbündeten Regierungen.

Gemäß den Berliner Konferenzbeschlüssen der drei Mächte, denen sich später auch Frankreich angeschlossen hat, sollen die deutschen Vermögenswerte in Österreich als eine der Quellen der deutschen Reparationen dienen. Unter den Begriff der deutschen Vermögenswerte in Österreich fallen Betriebe, Einrichtungen, Schiffe und andere Güter, die vor dem Anschluß dem Deutschen Reich oder deutschen Untertanen gehört haben, ferner Vermögenswerte, die die Deutschen in Österreich nach 1938 erworben haben, und schließlich das durch deutsche Kapitalanlagen in der Zeit von 1938 bis 1945 geschaffene Eigentum. Hierbei wurde besonders ausbedungen, daß die deutschen Aktivposten in Westösterreich an die USA, Großbritannien, Frankreich und andere alliierte Mächte fallen sollen, während die deutschen Aktiva in Ostösterreich der Sowjetunion als eine der Quellen der von Deutschland zu erhebenden Reparationen zugewiesen wurden.

Die Frage nach dem Verbleib der deutschen Vermögenswerte in Österreich hatte also ihre Lösung gefunden. Es handelte sich nur noch darum, dafür zu sorgen, daß die von den Verbündeten einmütig gefaßten Beschlüsse nicht bloß beschriebenes Papier blieben und daß auf dem Wege zur Realisierung dieser Beschlüsse keine künstlichen Hindernisse geschaffen wurden.

Der kolossale Sachschaden, den die Sowjetunion erlitten hat, erklärt restlos die Legitimität ihrer äußerst bescheidenen Reparationsforderungen. Trotzdem zeigten auf der Londoner Beratung der Sonderbeauftragten der Außenminister im Februar d. J., auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats im April und jetzt in der

Kommission der verbündeten Regierungen in Wien die Delegationen Großbritanniens und der USA das Bestreben, den Begriff der deutschen Vermögenswerte in Österreich einzuengen und ihn faktisch auf solche Güter zu beschränken, die vor dem Anschluß in deutschen Händen waren bzw. nach 1938 deutschen Untertanen freiwillig übergeben worden sind. Die öffentliche Meinung der Sowjetunion sah hierin einen Versuch, die Sowjetunion ihres legitimen Anspruchs auf einen großen Teil der deutschen Vermögenswerte in Österreich zu berauben, vor allem auf diejenigen Vermögenswerte, die durch deutsche Kapitalanlagen nach dem Anschluß geschaffen worden sind. Praktisch bedeutet das eine Revision der Potsdamer Beschlüsse über die Ausnutzung des gesamten deutschen Eigentums in Österreich für Reparationszwecke. Beim Abschluß der Verträge mit Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland wurde übrigens das Schicksal des deutschen Eigentums in diesen Ländern in voller Übereinstimmung mit den Berliner Abkommen geregelt. Die von den Engländern und Amerikanern hinsichtlich der deutschen Guthaben in Österreich bezogenen Standpunkte widersprechen also der gesamten Praxis der Beschlußfassung in der Frage der deutschen Vermögenswerte in anderen Ländern.

Die Sowjetunion hat auf der Potsdamer Konferenz darauf verzichtet, von Österreich Reparationen zu verlangen, obgleich das Land die Verantwortung trägt für die Kriegsunterstützung, die es dem hitlerfaschistischen Deutschland geleistet hat. Die Sowjetregierung erklärte sich damit einverstanden, aus dem Begriff der deutschen Aktiva alle diejenigen Vermögenswerte auszunehmen, die die Deutschen den Österreichern oder Bürgern der UNO-Staaten durch direkte Gewaltmaßnahmen abgenommen, bei der Ausplünderung von Juden geraubt oder ohne jede Gegenleistung staatlichen und anderen Institutionen entzogen haben. Solche Vermögenswerte sollen den Personen bzw. Institutionen, die sie vor dem Anschluß besessen haben, zurückerstattet werden. Die Sowjetunion prätendiert durchaus nicht auf Betriebe und andere Arten von Eigentum, die Österreich gehören, sondern nur auf das Eigentum, das Deutschland bzw. deutschen Besitzern gehört hat.

Die Frage der deutschen Guthaben in Österreich ist auf der Moskauer Tagung des Außenministeriums wegen der Stellungnahme der Delegationen Großbritanniens und der USA nicht gelöst worden. Diese Delegationen versuchten die Sache so darzustellen, als ob eine Lösung der Frage im Geiste des Potsdamer Abkommens dazu führen würde, daß der größte Teil der österreichischen Industrie an die Sowjetunion übergeht. Der Vertreter der USA behauptete z. B., die Sowjetunion verlange 100 Prozent der Glasindustrie, 100 Prozent der Tabakmaschinenindustrie, 100 Prozent der Erzeugung von Wasserturbinen für Kraftwerke usw. In Wirklichkeit indessen handelt es sich um einen Glasbetrieb, um einen Betrieb zur Herstellung von Einrichtungen für Tabakfabriken und um einen Betrieb für die Erzeugung von Hydroturbinen. Alle diese Betriebe befinden sich in Ostösterreich und gehörten deutschen Industriellen.

Die Tatsachen zeigen, daß die wahren Ursachen der Hindernisse, die die USA und England einer Verständigung über die deutschen Vermögenswerte in Österreich entgegensetzen, durchaus nicht gesucht werden müssen in dem großherzigen Wunsch, „die österreichischen Interessen zu verteidigen“, wie das manche amerikanischen und englische Korrespondenten hinstellen suchen. Hinter den Kulissen operieren amerikanische und britische Bankkreise und Industrie-monopole, in erster Linie Erdöltrusts. Gerade in der Frage des Erdöls tritt das Wesen der Sache zutage. Die Sowjetregierung ist Österreich entgegengekommen und hat ihm vorgeschlagen, eine gemischte Gesellschaft auf paritätischer Basis zu gründen. Dieser Vorschlag ist jedoch nicht nach dem Herzen der englischen und amerikanischen Erdölmonopole, die jetzt offenbar danach streben, das österreichische Erdöl in ihre Hände zu bringen.

Mit der Geschichte dieser Angelegenheit verhält es sich wie folgt. Vor der Besetzung Österreichs durch die Hitlerfaschisten gehörten 95 Prozent der Aktien der verschiedenen Erdölgesellschaften, die zu Schürfarbeiten in dem erdölführenden Gebiet Österreichs — Zistersdorf — berechtigt waren, englischen, amerikanischen, schweizerischen, belgischen und deutschen Firmen. Damals waren diese Firmen nicht an einer Erschließung der österreichischen Erdölvorkommen interessiert: es wurden kaum 5 Prozent der Förderung von 1946 gewonnen. Nach dem Anschluß erwarben die Deutschen die Rechte aller ausländischen Firmen, und weder die USA noch England erhoben hiergegen Protest. Im Gegenteil, die Erdölgesellschaften beeilten sich, den größten Teil ihrer österreichischen Konzessionen an die

Hitlerfaschisten zu verkaufen, und sie haben bei diesem Geschäft nicht schlecht verdient.

Während des Krieges, als Hitlers Wehrmacht des Erdöls besonders bedurfte, wurden große deutsche Kapitalien in der Zistersdorfer Erdölindustrie investiert. Gegen Ende des Krieges war die Erdölförderung in Zistersdorf fast auf das Zwanzigfache gestiegen. Die Deutschen hatten allmählich auch den größten Teil der Aktien, die bis 1938 Österreichern gehört hatten, in ihren Besitz gebracht.

Gemäß dem Potsdamer Abkommen sollen zusammen mit anderen deutschen Vermögenswerten in Ostösterreich auch die auf den Erdölfeldern Zistersdorfs angelegten deutschen Kapitalien an die Sowjetunion übergehen. Aber die amerikanischen, englischen und österreichischen früheren Besitzer der seinerzeit an die Deutschen verkauften Aktien wollen diese Erdölbohrstellen erneut in ihren Besitz bringen. Zu diesem Zweck traten sie, Mitteilungen der österreichischen Presse zufolge, schon im Dezember 1946 in Verhandlungen mit dem österreichischen Handelsminister Heisl ein. Die Erdölmonopole waren in diesen Verhandlungen durch van Sickle und Spritzer vertreten. Spritzer verlangte von dem österreichischen Minister, Österreich solle ein Gesetz ergehen lassen, dem zufolge die ausländischen Firmen, die bis 1938 diese oder jene Kapitalanlagen in der österreichischen Erdölindustrie besessen haben, das Recht erhielten, langfristige Konzessionen in Zistersdorf zu erwerben. Außerdem meldeten die Vertreter der Erdöltrusts ihre Ansprüche auf Wiedergutmachung der „Verluste“ an, die sie angeblich in Österreich während des Krieges erlitten haben. Heisl versicherte den Vertretern der Erdölmonopole, die österreichische Regierung werde darauf bedacht sein, die Interessen der ausländischen Besitzer weitestgehend zu wahren.

Auf diese Weise ließen sich die Erdölmonopole vom österreichischen Handelsministerium versprechen, ihnen Konzessionen in Zistersdorf einzuräumen. Es wurde beschlossen, die Sache etwas später zu verwirklichen, „damit nicht auch die Russen Ansprüche auf Konzessionen geltend machen können“.

Eben durch die Kalkulationen der Erdölindustriellen aus den USA und England, die danach streben, sich des Zistersdorfer Erdöls zu bemächtigen, erklärt sich die Tatsache, daß Großbritannien und die USA eine Revision der Berliner Beschlüsse über die deutschen Guthaben in Österreich durchsetzen wollen und daher die Unterzeichnung des österreichischen Vertrages hinauszögern.

Auf Vorschlag der Sowjetdelegation setzte der Außenministerrat auf seiner Moskauer Tagung eine besondere Kommission ein, bestehend aus Vertretern der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die die offengebliebenen Fragen des österreichischen Vertrages erörtern sollte.

Diese Kommission begann ihre Beratungen in Wien am 12. Mai. Aber in den ersten fünf Wochen ihrer Tätigkeit wurde kein einziger Artikel des Vertrages erörtert. Die Kommissionssitzungen waren vielmehr ausgefüllt mit fruchtlosen Streitereien über Prozedurfragen.

Die Verantwortung für diese Sachlage fällt, wie in der Presse bereits bemerkt worden ist, voll und ganz auf die Vertreter der USA und Englands. Da sie sich davon überzeugen mußten, daß die Sowjetunion nicht gesonnen ist, ihre Rechte auf die deutschen Vermögenswerte zugunsten der Erdölmonopole aufzugeben, bemühen sie sich ziemlich offen, die Kommission von der Erfüllung der unmittelbar vor ihr liegenden konkreten Aufgaben abzulenken und sie zu nötigen, sich auf eine Revision einmal gefaßter Beschlüsse der verbündeten Regierungen über die deutschen Aktiva in Österreich einzulassen.

Joseph Dodge, der Vertreter der USA in der Kommission, setzte sich mit Unterstützung der Vertreter Großbritanniens und Frankreichs hartnäckig dafür ein, daß der Sachverständigenausschuß, dessen Schaffung ebenfalls in dem Beschluß der Moskauer Tagung des Ministerrats vorgesehen war, den Auftrag erhalte, die Frage der Eigentumsrechte auf alle deutschen Vermögenswerte in Österreich zu erörtern. Das von den Delegationen der USA und Englands für den Sachverständigenausschuß vorgeschlagene Arbeitsprogramm verlangt, daß im Ausschuß jedes deutsche Vermögensobjekt in Österreich besprochen wird, wobei von jedem Objekt festgestellt werden soll, wo es sich befindet, wer sein Eigentümer ist, wie es mit seiner Geschichte steht, welchen Charakter das Eigentum hat usw. Gelangte ein solches Verfahren zur Annahme, so hätten die Kommission und der Sachverständigenausschuß sich mit der Erörterung jedes Feldes und jeder Bohrstelle zu befassen, den Sitz jeder Firma, ihre Geschichte, die Biographie ihres Besitzers klarzustellen u. dgl. m. Die deutschen Vermögenswerte in Österreich bestehen aus Hunderten von Objekten. Es gibt allein mehrere tausend Häuser, die Deutschen gehört haben. Der Sachverständigenausschuß hätte also jedes derartige Gebäude und die Geschichte seiner Besitzer zu studieren.

Die Sowjetdelegation konnte sich hiermit nicht einverstanden erklären. Sie ist der Auffassung,

daß nur diejenigen Ansprüche auf deutsches Eigentum in Österreich, die einer Nachprüfung bedürfen, den Sachverständigen zu unterbreiten sind. Andernfalls käme die Behandlung der Frage nicht über den toten Punkt hinaus, und die Kommission könnte dem Außenministerrat auf seiner bevorstehenden Tagung keinen Bericht unterbreiten.

Der Vertreter der USA, hinter dem die Interessen bestimmter Kreise stehen, hat es dahin gebracht, daß die Frage des Erdöls für den Beginn der praktischen Erörterung des wichtigsten unregelt gebliebenen Artikels in dem projektierten Vertrag für Österreich, des Artikels über die deutschen Vermögenswerte, grundlegende Bedeutung gewonnen hat. Der Vertreter der Sowjetunion in der Kommission hat deshalb vorgeschlagen, in erster Linie die Frage des Erdöls zu behandeln, und daran anschließend die anderen Arten früheren deutschen Eigentums in Österreich in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit zu erörtern. Man begreift unschwer, daß die Arbeit des Sachverständigenausschusses, bevor die Kommission die Frage der größten Teile der deutschen Vermögenswerte in Österreich prinzipiell erörtert hat, zum Mißerfolg verurteilt wäre und die Ausarbeitung von Instruktionen für diesen Ausschuß sich auf unbestimmte Zeit hinauszögern würde. Dodge setzte diesem Vorschlag jedoch hartnäckigen Widerstand entgegen und motivierte seinen Standpunkt durch rein formale Prozedurerwägungen.

Erst am 19. Juni — in der 22. Sitzung der Kommission — wurde endlich der Vorschlag angenommen, die Erörterung von Prozedurfragen einzustellen und zur konkreten Behandlung des Vertragsartikels über die deutschen Vermögenswerte in Österreich, vor allem der Frage des Erdöls, überzugehen.

Die Delegation der USA hat in der Kommission demonstriert, daß sie offensichtlich bestrebt ist, die praktische Behandlung der unvereinbart gebliebenen Artikel des österreichischen Vertrages in die Länge zu ziehen, also auch den Zeitpunkt seines Abschlusses hinauszuschieben. Gleichzeitig wurden in der Presse verleumderische Behauptungen über die Sowjetdelegation verbreitet und die öffentliche Meinung über die Ursachen, die die Arbeit der Viererkommission behinderten, irreführt.

Es muß gesagt werden, daß in den USA gegenwärtig eine energische Kampagne für die Fortsetzung der amerikanischen Okkupation Österreichs betrieben wird. Obgleich der Außenministerrat auf seiner Moskauer Tagung beschlossen hat, die Besatzungstruppen drei Monate nach Unterzeichnung des Vertrages abzurufen,

erklärt General Clark, der frühere Befehlshaber der amerikanischen Truppen in Österreich, die USA hätten die Absicht, ihre Truppen so lange in Österreich zu halten, wie sie das für nötig befinden.

Diese Tendenzen, die Besetzung Österreichs auf unbestimmte Zeit zu verlängern, entsprechen vollauf den Tendenzen der amerikanischen Monopole, die danach streben, ihre Herrschaft in diesem Lande zu errichten. Hightower, der Washingtoner Korrespondent der Agentur Associated Press, meldete in diesen Tagen, nach Meinung maßgebender Kreise sei die Regierung der USA bereit, ihre Bemühungen um einen raschen Abschluß des österreichischen Vertrages aufzugeben. Die USA hätten die Absicht, die Besetzung Österreichs auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Die Politik der USA in dieser Frage werde zweifellos bedeutend stärker und effektiver sein als ihre Politik hinsichtlich Ungarns.

Die amerikanische Politik in Österreich orientierte sich von den ersten Tagen der Besetzung an auf die Förderung der österreichischen Reaktion, auf die ökonomische und politische Knechtung des Landes.

Die wichtigsten Industriebetriebe im westlichen Teile Österreichs gerieten faktisch in die Hände des Auslandskapitals. Amerikanische Kompagnien kaufen die Aktien österreichischer Firmen auf und senden die wichtigsten Waren ins Ausland. So werden große Partien von Waren nach Frankfurt am Main geschickt, wo die amerikanischen Militärbehörden in Deutschland sie in Empfang nehmen. Allein eine einzige Handelsfirma hat in viereinhalb Monaten für zehn Millionen Schilling Waren ins Ausland verschoben, was etwa die Hälfte des gesamten offiziellen österreichischen Exports für das erste Halbjahr 1946 ausmacht. Abgesehen vom offiziellen Export aber schicken ja die amerikanischen Besatzungsbehörden große Mengen Waren, deren Geldwert keiner Feststellung unterliegt, ins Ausland.

Es muß hinzugefügt werden, daß manche amerikanischen Industriekreise an der allmählichen Drosselung und Einstellung der Tätigkeit bestimmter österreichischer Industriezweige, die ihnen in Zukunft Konkurrenz machen könnten, interessiert sind.

Die ökonomische Diskriminierung der Ostgebiete; die Isolierung des industriellen Ostens von den Rohstoff-, Kraft- und Lebensmittelquellen der Westgebiete, wo sich fast drei Viertel der gesamten in Österreich gewonnenen Industrierohstoffe befinden; die einseitige Politik in den Fragen des Außenhandels der Westgebiete, deren Produkte ausschließlich nach Westeuropa ausgeführt werden — alles das verfolgt ebenfalls das Endziel, sich der österreichischen Wirtschaft zu bemächtigen und Österreich zu einem Vasallen des amerikanischen und englischen Kapitals zu machen.

Die amerikanischen Monopole haben in Österreich eine derartige Handlungsfreiheit erhalten, daß sie natürlich nicht daran denken, eine richtige Lösung der Frage der deutschen Vermögenswerte in Österreich oder aber den Abschluß des österreichischen Vertrages selbst zuzulassen. Sie wollen Zeit gewinnen und die Okkupation möglichst ausgiebig für die Erweiterung und Verankerung ihrer Positionen in diesem Lande ausnutzen, das sie restlos ihrer Herrschaft unterwerfen möchten.

Die von England unterstützte Politik der USA in Österreich vertritt die Interessen der Monopole und bietet eine Erklärung für die jetzige Stellungnahme der Vertreter der USA und Englands in der Kommission für die Erörterung der unvereinbar gebliebenen Artikel des österreichischen Vertrages.

Diese Politik widerspricht den Interessen des österreichischen Volkes, da sie die Wirtschaft des Landes ruiniert und seine Unabhängigkeit und staatliche Souveränität bedroht. Sie muß auch vom Standpunkt der Interessen des Friedens und der Sicherheit verurteilt werden.

Die Streiks in Frankreich

P. WISCHNJAKOW

In den letzten Wochen ist es in Frankreich zu Ereignissen gekommen, die die Weltöffentlichkeit aufmerken lassen. Eine Streikwelle geht über das Land hinweg. Fünf Tage lang war der Eisenbahnverkehr lahmgelegt. Es streikten die Arbeiter der Elektrizitäts- und der Gaswerke, die Metallarbeiter, die Arbeiter der Erdölraffinerien, die Bank- und Kommunalangestellten, es streikten noch jetzt die Bergleute und die Arbeiter der Kraftwagenwerke. Frankreich hat derartige Arbeitskonflikte lange nicht mehr gesehen.

Meldungen aus Frankreich lassen erkennen, daß die werktätigen Massen zu Streiks als zu einer wirksameren Methode des Widerstandes gegen die verstärkte Offensive der Reaktion ihre Zuflucht nehmen mußten.

Unmittelbarer Anlaß zu den bisherigen Auseinandersetzungen war die Weigerung der Regierung, die veralteten Lohnsätze für Arbeiter und Angestellte zu revidieren. Die für den 1. Juli d. J. in Aussicht gestellte Revision wird jetzt bereits auf den 1. Dezember vertagt. Damit hat die Regierung bestätigt, daß sie die Blockierung der Löhne in ihrer jetzigen, den Preisen keineswegs entsprechenden Höhe fortzusetzen beabsichtigt. Die demokratische Presse sieht in diesem Beschluß eine neue Kapitulation der führenden Regierungspartei — der Sozialisten — vor den Drohungen der „200 Familien“, die behaupten, eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse werde unweigerlich eine Inflation zur Folge haben.

Die demokratischen Organisationen Frankreichs wiesen die Regierung darauf hin, wie demagogisch und provokatorisch diese Drohungen sind. Die Industrie habe schon im vorigen Jahr 90 Prozent ihrer Vorkriegsproduktion erreicht, die sich also seit der Befreiung Frankreichs fast vervierfacht habe. Zu danken ist das der aufopfernden Arbeit der französischen Arbeiterklasse, die bestrebt ist, die schweren Folgen des Krieges und der Hitlerokkupation möglichst rasch aus der Welt zu schaffen. Gestützt auf präzise Angaben, wiesen die demokratischen Organisationen nach, daß eine gewisse Lohnerhöhung bei bedeutender Steigerung der Warenproduktion keineswegs eine Inflation auslösen könne. Eine unverzügliche Verbesserung der Lebenshaltung der Hauptproduktivkraft Frankreichs — der Arbeiterklasse — sei aber um so notwendiger, als die Politik der

Lohnblockierung von einer stetigen Preissteigerung begleitet ist. Der Preisindex beträgt (wenn man den Stand von 1938 mit 100 annimmt) gegenwärtig 851, der Lohnindex 417. Die „200 Familien“ machen sich also die Politik der Lohnblockierung zunutze, um die Früchte der Mühen der Arbeiterklasse selbst einzuheimsen.

Die Regierung Ramadier hatte für diese Nachweise nur taube Ohren. So kam es denn zu Streiks. Der größte war der in der Nacht auf den 8. Juni von der Landesföderation der Eisenbahner, die 395 000 Arbeiter und Angestellte umfaßt, verkündete Generalstreik. Die Eisenbahnerföderation spielte in der Widerstandsbewegung und dann, nach dem Kriege, beim Wiederaufbau des von den deutschen Faschisten ruinierten Verkehrswesens eine hervorragende Rolle. Charakteristisch ist, daß buchstäblich alle Eisenbahner am Streik teilnahmen, darunter auch Sozialisten und Mitglieder der Französischen Konföderation der christlichen Werktätigen (ein von der katholischen Regierungspartei Volksrepublikanische Bewegung kontrollierter Verband). In ihrem Widerstand gegen die arbeiterfeindliche Politik der sozialistisch-katholischen Regierung gingen die sozialistischen und katholischen Arbeiter Hand in Hand mit den Kommunisten. Das bestätigt ein übriges Mal, wieviel dem französischen Volk an der Aufrechterhaltung der Einheit aller demokratischen Kräfte gelegen ist.

Der in mustergültiger Ordnung durchgeführte Streik (in dessen Verlauf sich namentlich die Lebensmittelversorgung der Städte sowie der Postverkehr ungestört abwickelten) endete am 12. Juni, nachdem die Regierung sich einverstanden erklärt hatte, die grundlegenden Forderungen der Landesföderation der Eisenbahner zu bewilligen. Sie widersetzte sich zwar einer allgemeinen Lohnerhöhung, da aber neue Streiks drohten, war sie gezwungen, mit den Gewerkschaften Verhandlungen über die Auszahlung von Prämien für überbotene Arbeitsnormen an die Arbeiter aller Industriezweige aufzunehmen.

Diese Teilkonzessionen trugen jedoch nicht zur Entspannung der entstandenen Situation bei. Wie die französische Presse meldet, sind neue Konflikte zu erwarten, da die Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung Ramadier unter den Werktätigen merklich zunimmt.

Seit etwa zwei Monaten wird das Land von einer Koalition der Sozialistischen Partei, der Volksrepublikanischen Bewegung (MRP) und der Radikalen regiert, die nach der Sprengung der breiteren Regierungskoalition, zu der auch die Kommunisten gehörten, gebildet wurde. Die umfangreiche Streikbewegung war sozusagen das erste Resultat, das die Tätigkeit der Regierung des Sozialisten Ramadier zeitigte.

Die Ereignisse der letzten Tage haben ganz klar gezeigt, daß die Sozialistische Partei, die in der jetzigen Regierungskoalition die führende Rolle spielt, weder zufällig noch unerwartet mit der Arbeiterklasse in Konflikt geraten ist. Der Konflikt war durch die gesamte Politik der rechten Parteiführer, besonders Léon Blums, vorbereitet, der die Sozialistische Partei hartnäckig dazu drängt, die Interessen des Großkapitals offen zu verfechten. In seiner „Programmrede“ auf dem Pariser Parteitag der Sozialistischen Partei vom August v. J. definierte Blum seine Rolle in der kapitalistischen Gesellschaft als die eines ehrlichen und loyalen Sachwalters.

In derselben Rede nahm Blum auf den Bruch der Sozialistischen Partei mit den Kommunisten und auf ein Bündnis mit dem MRP Kurs. Er sagte:

„Es ist schwer, der Strömung in der Mitte des Flusses zu folgen, ohne sich je dem einen oder dem andern Ufer zu nähern...“

Damals wies Blum auf die Katholiken als das für die Sozialistische Partei annehmbarste „Ufer“ hin.

Das reaktionäre Lager wußte diese Rede Blums zu schätzen und billigte sie. Hieraus erklärt sich die eigentümliche Tatsache, warum die Sozialistische Partei, die in einem einzigen Jahr — von Oktober 1945 bis November 1946 — etwa eine Million Wähler verloren hat, politisch nicht in den Hintergrund geriet, ja sogar zur führenden Regierungspartei wurde.

Aus einer Reihe von Reden sozialistischer Parteiführer geht klar hervor, daß der antidemokratische Kurs des rechten Flügels der Sozialistischen Partei auf direkten Einfluß von außen zurückzuführen ist. So erklärte der ehemalige Ministerpräsident Gouin in seinem Rechenschaftsbericht im Nationalrat der Sozialistischen Partei (Februar v. J.) über die Haltung der Parteiführung während der nach dem Rücktritt de Gaulles eingetretenen Regierungskrise, die Bildung einer Regierung aus Sozialisten und Kommunisten sei unmöglich gewesen, da das, besonders „bei der heutigen Wirtschaftslage Frankreichs“, „Gefahren internationaler Natur“ zur Folge gehabt hätte.

Léon Blum kann sich nicht rühmen, mit diesem Kurs auf Spaltung der demokratischen Kräfte Frankreichs, auf Umwandlung der Sozialistischen Partei in einen „ehrliehen und loyalen Sachwalter“ der französischen Monopole die Billigung der Parteimitgliedschaft gefunden zu haben, im Gegenteil, viele ehrliche Sozialisten zogen es nach der erwähnten Rede Blums vor, aus der Partei auszutreten. Die Gärung in den Mitglieder Massen nimmt von Zeit zu Zeit die Form ernster Opposition gegen den „Parteikurs“ an.

Die Differenzen zwischen der Führung und der Mitgliedschaft der Sozialistischen Partei traten auch während der jüngsten Ereignisse zutage.

Französische wie auch ausländische Blätter schreiben, die großen, als Folge der von der Regierung Ramadier betriebenen Politik ausgebrochenen Streiks hätten in den Reihen der Sozialistischen Partei Ratlosigkeit hervorgerufen. Ein großer Teil der Parteimitglieder habe sich für eine „versöhnliche Politik“ den Streikenden gegenüber ausgesprochen, während die rechten Parteifunktionäre unter dem Druck der Reaktion im In- und Ausland bereit wären, ihren Konflikt mit der Arbeiterklasse durch Zwangsmaßnahmen zu lösen.

Die halbamtliche Agentur France Presse meldete am 5. Juni, die Regierung werde im Falle von Streiks möglicherweise zu Zwangsmaßnahmen greifen. Der Pariser Reuterkorrespondent äußerte damals, bei Verkündung eines Generalstreiks der Eisenbahner werde

„... die Regierung... Kriegsgesetze anwenden müssen und die Arbeiter der öffentlichen Betriebe ‚mobil machen‘... Eisenbahner, die sich weigern zu arbeiten, können Gefängnisstrafen bis zur 5 Jahren erhalten...“

Der „American Mercury“ bringt einen Artikel von Bullitt, in dem er der Regierung Ramadier empfiehlt, sich die Erfahrungen Briands zunutze zu machen, der 1910 rasch mit einem Generalstreik der Eisenbahner fertig geworden sei, indem er die Streikenden für mobilisiert erklärte und ihre Führer verhaften ließ.

Wie einige Pariser Blätter melden, sind in Kreisen der Sozialistischen Partei große Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung von Zwangsmaßnahmen bei einem Eisenbahnerstreik entstanden. Zwei Tage vor Streikbeginn schrieb eins der bestinformierten Pariser Blätter, „Libération“, unter den Spitzenfunktionären der Sozialistischen Partei bestünden gewisse Meinungsverschiedenheiten darüber, ob man Streikende für mobilisiert erklären dürfe oder nicht. Es hieß dort, eine gewisse Anzahl von Sozialisten sowohl im führenden Komitee als auch in der Parlaments-

fraktion stelle die Richtigkeit der Politik Paul Ramadiers stark in Zweifel.

Die Schwankungen in der sozialistischen Parteileitung sind leicht erklärlich. Eine Liquidierung des Konflikts mit Hilfe von Zwangsmaßnahmen entzöge den Werktätigen das Streikrecht, mit dessen Hilfe sie sich im Kapitalismus eine Lohnerhöhung erkämpfen können. Außerdem verstieße ein solcher Schritt gegen die Verfassung, da die demokratischen Organisationen durchgesetzt haben, daß dieses Recht den Werktätigen in der neuen französischen Verfassung zuerkannt wird.

Während in der sozialistischen Parteileitung noch gestritten wurde, nahmen die Mitglieder bereits offen gegen die Politik ihrer Führer Stellung und schlossen sich den Streikenden an. Raymond Guyot, der Sekretär der kommunistischen Parteiorganisation des Departements Seine, stellte auf einer Konferenz dieser Organisation folgendes fest:

„... Auf allen Demonstrationen und bei allen Streiks, die jetzt in der Pariser Region stattfinden, gehen die sozialistischen Arbeiter immer häufiger mit ihren kommunistischen Brüdern Hand in Hand.“

Wie der Pariser Rundfunk mitteilt, hat die sozialistische Parlamentsfraktion zwei Tage lang „über die Frage des Vertrauens für Paul Ramadier beraten“. Kennzeichnend ist, daß diese Sitzungen der Parlamentsfraktion von hartnäckigen Aufforderungen der Rechtsblätter begleitet waren, die Politik der Regierung gutzuheißen. Auch die Londoner „Times“ legte sich für Ramadier ins Zeug und lobte ihn als „geachteten Politiker Frankreichs“. ... Aber trotz aller dieser „Aufmunterungen“ hat es die Regierung Ramadier doch nicht gewagt, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, sie hat sich zu Konzessionen an die Streikenden entschlossen.

Die jüngsten Ereignisse in Frankreich haben Tendenzen der sozialistisch-katholischen Regierungskoalition in Erscheinung treten lassen, die dem Lande gefährlich werden müssen.

Die von dieser Koalition betriebene Politik tut den grundlegenden Interessen der Werktätigen Abbruch, die ja sowohl während der jahrelangen faschistischen Okkupation als auch nach dem Kriege hohen Patriotismus gezeigt und nicht wenig Mühe auf den Wiederaufbau der französischen Volkswirtschaft verwandt haben. Eine solche Politik der Koalition kann sich auf die wirtschaftliche Wiedergeburt Frankreichs nur negativ auswirken. Sie führt unmittelbar zu einer Schwächung der für den Aufbau erforderlichen inneren Ressourcen und ermutigt die defaitistischen Elemente, die ihre ganze Hoffnung auf amerikanische „Hilfe“, auf eine faktische Unter-

ordnung Frankreichs unter die Interessen der Überseemonopole setzen.

Die Sozialisten und Katholiken gehen in ihrer Politik über die Lebensinteressen der breitesten werktätigen Bevölkerungsschichten hinweg und rufen dadurch im Lande Erregung und Unsicherheit hervor. Das ist Wasser auf die Mühle derjenigen Kreise der streitbaren Reaktion, die sich um de Gaulle gruppieren.

Jetzt ist die Einheit der demokratischen Kräfte Frankreichs notwendiger denn je, damit diese Gefahr beseitigt werden kann. Die Erklärungen einiger führender Regierungsmitglieder zielen aber darauf ab, diese Einheit zu untergraben. Der Regierungschef gab am 3. Juni eine Erklärung ab, in der er die Kommunisten unverblümt die „geheimen Dirigenten“ der in Frankreich stattfindenden Streiks nannte. Auf diese unhaltbare Beschuldigung bezeichnete Jacques Duclos, der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, als die „geheimen Dirigenten“, von denen der Regierungschef sprach, das „Elend der Werktätigen und die Unruhe, die sie empfinden, wenn sie sehen, wie Frankreichs Politik nach rechts abrutscht...“

Paul Ramadiers Anschuldigungen waren so unhaltbar, daß er sich am 10. Juni in der Nationalversammlung selbst schleunigst davon distanzieren mußte.

Was für Pläne in reaktionären Kreisen ausgeheckt werden, geht aus folgender Meldung der „Libération“ hervor. Einige Minister seien der Meinung, der Druck, den die Gewerkschaften auf das politische Leben des Landes ausüben, sei jetzt allzu stark; es werde sich daher als notwendig erweisen, die Allgemeine Arbeitskonföderation einmal „auffliegen zu lassen“.

Die Allgemeine Konföderation der Arbeit, die über 6 Millionen Mitglieder zählt, ist die größte Gewerkschaftszentrale Frankreichs. Sie war einer der hervorragendsten Organisatoren des Volkskampfes gegen die deutschen Okkupanten. Nach dem Kriege wurde sie zu einer tatkräftigen Verteidigerin der Interessen des französischen Proletariats und verwirklicht in ihrer gesamten Tätigkeit die so notwendige Einheit aller progressiven demokratischen Kräfte des Landes. Das ist auch der Grund für die unaufhörlichen Attacken der Reaktion gegen die Konföderation, die durch demagogisches Gezeter über eine „Kontrolle der Kommunisten“ in den Gewerkschaften getarnt werden.

Die Pläne „einiger Minister“ entsprechen den Wünschen der Überseereaktion. Das zeigt ein Artikel Bullitts im „Life“, in dem er die USA auffordert, der französischen Regierung genügende

Mittel zur Verfügung zu stellen, damit „die kommunistische Kontrolle“ in den Gewerkschaften beseitigt werden könne.

Die reaktionären Kreise Frankreichs versuchen in letzter Zeit ernsthaft, die Rechte der Gewerkschaften zu beschneiden. Die Rechtsblätter schlagen für den Fall von Streiks Zwangsschiedssprüche vor. René Pléven, Exminister der Regierung de Gaulle, brachte im Namen der jetzt an der Regierungskoalition beteiligten Republikanischen Vereinigung der Linken ein Projekt in der Nationalversammlung ein, das sich gegen die Streiks richtet und nicht nur in der katholischen Presse, sondern auch im Organ der Sozialistischen Partei, dem „Populaire“, Widerhall fand. Die meisten Parlamentsfraktionen (darunter auch die Sozialisten und Katholiken) sprachen sich jedoch gegen eine sofortige Erörterung des Antrags Pléven aus.

Andrerseits haben die Spitzenfunktionäre der französischen Gewerkschaftsbewegung erklärt, die Gewerkschaften würden sich der beabsichtigten Entwaffnung der Arbeiter im Kampf für ihre Interessen und Rechte entschieden widersetzen.

Nach Meldungen aus Frankreich zu urteilen, hat die Regierung Ramadier den Gedanken nicht aufgegeben, die Wirtschaftsprobleme, vor die sie sich gestellt sieht, auf Kosten der werktätigen Massen zu lösen. Das zeigt der soeben in der Nationalversammlung angenommene Finanzplan, den ein Führer des MRP, Finanzminister Robert

Schuman, ausgearbeitet hat. Dem Plan zufolge sollen die Preise für manche Waren, der Post- und Eisenbahntarif sowie die bestehenden Steuern erhöht und neue Steuern eingeführt werden. Der Plan hat es auch auf eine so bedeutende Errungenschaft der französischen Arbeiter wie das Sozialversicherungsgesetz abgesehen, er kürzt die Unterstützung um 12 Prozent. Ebenso kürzt er den Unternehmerbeitrag zum Unterstützungsfonds für Betriebsunfälle um 20 Prozent.

Der gesamte Plan richtet sich gegen die Interessen der Werktätigen. In der Nationalversammlung wurde er mit einer unbedeutenden Mehrheit sozialistischer und katholischer Abgeordneter angenommen. Durch die Annahme des Plans wird nicht nur das wenige, was die Arbeiter durch ihre jüngsten Streiks errungen haben, null und nichtig gemacht, die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten wird dadurch noch mehr verschlechtert. Eine solche Lösung der Frage läßt zweifellos eine neue Verschärfung der Arbeitskonflikte voraussehen.

Dies sind die aufschlußreichen Lehren, die sich aus den jüngsten Ereignissen in Frankreich ergeben. Sie lassen erkennen, daß seit der Ausschaltung der Kommunisten aus der Regierung die Politik der sozialistisch-katholischen Koalition immer antidemokratischer wird. Diese antidemokratische Politik stößt natürlich bei den demokratischen Kräften auf entschiedenen Widerstand.

Über die Waisen aus Lettland und über das Kriegsverschlepptenlager in Neustadt

Offener Brief Irene Philippowas an ihre Landsleute und an die englische Journalistin Marjorie Banks*

IN LETZTER ZEIT ist in Presse und Rundfunk immer häufiger von den hunderttausenden versetzten Personen die Rede, deren Schicksal natürlich die Öffentlichkeit interessiert. Noch vor viereinhalb Monaten gehörte auch ich zu ihnen. Zweieinhalb Jahre lang, fern von der Heimat, unter fremden und feindseligen Menschen, litt ich unter Erniedrigungen, Hunger und Kälte und dachte qualvoll nur an das eine, ob in meinem Leben einmal der Tag kommen werde, wo ich mich wenigstens einmal an eigenem Schwarzbrot sattessen könnte und nicht auf die Gnade anderer angewiesen wäre...

In diesen Tagen las ich in der Zeitung, daß die englische Journalistin Marjorie Banks im Londoner Rundfunk von den Eindrücken gesprochen hat, die sie auf einer Reise durch Zwangsverschlepptenlager gewonnen haben will. Ich erfuhr, daß Sie, geehrte Marjorie Banks, mit vielen versetzten Personen in verschiedenen Lagern gesprochen haben, und daß alle diese Versetzten Ihnen erklärt hätten, sie wollten nicht in ihre Heimat zurückkehren, da es dort nichts für sie zu tun gäbe. Ich weiß nicht, welche Lager Sie, verehrte Marjorie Banks, besucht und mit welchen versetzten Personen Sie gesprochen haben, denn Sie haben aus irgendeinem Grunde keine Namen genannt. Jedenfalls wurde ich lebhaft erinnert an meine noch nicht weit zurückliegenden Gymnasialjahre und an mathematische Aufgaben mit vielen Unbekannten. Ich möchte doch wenigstens den Namen auch nur eines einzigen Unbekannten erfahren!

Ich weiß ferner nicht, ob es der geehrten Journalistin beschieden war, lange Zeit gewaltsam von ihrer Heimat ferngehalten zu werden. Aus dem Inhalt Ihrer „Rundfunkeindrücke“ vom 7. Mai muß ich schließen, daß das nicht der Fall ist. So kalt und so herzlos kann von dem Teuersten, was ein Mensch hat, von der Heimat, nur ein Mensch sprechen, für den es überhaupt nichts Heiliges und Teures gibt.

* Der Brief Irene Philippowas, die kürzlich aus einem Zwangsverschlepptenlager in der britischen Okkupationszone Deutschlands zurückgekehrt ist, wurde schon in der Zeitung „Trud“ vom 15. Juni 1947 veröffentlicht.

Ich bin keine Journalistin und habe keine „Touristenreise“ durch Lager für versetzte Personen unternommen. Ich weiß meine Gedanken nicht so ausgesucht und schön darzulegen, aber dafür habe ich lange Monate selbst in einem solchen Lager gelebt. Dies Lager liegt in Neustadt in Holstein (britische Besatzungszone). Darin leben 3000 Letten, Esten, Litauer, Polen, Jugoslawen, Juden und andere Ausländer. Wenn Sie, geehrte Marjorie Banks, nicht in dieses Lager Einblick genommen haben, so empfehle ich Ihnen, noch eine Reise zu versetzten Personen zu unternehmen — in die von Ihren Landsleuten betreute Zone. Ich habe das Lager Ende v. J. verlassen und glaube nicht, daß sich inzwischen dort etwas geändert hat.

Eben Sie, geehrte Marjorie Banks, haben mich veranlaßt, diese Zeilen zu schreiben, und darum zu bitten, daß sie in Presse und Rundfunk veröffentlicht werden. Damit es nun in meiner Erzählung keinerlei Unbekannte gäbe, erlaube ich mir, in wenigen Worten meine Geschichte zu erzählen...

Ich bin 27 Jahre alt. Geboren und aufgewachsen bin ich in einer gebildeten Familie in Lettland, im Kreise Riga. Das Gymnasium habe ich kurz vor Anfang des Krieges in Rezekne absolviert. Der Krieg hinderte mich daran, die Universität zu beziehen, der Krieg hat überhaupt mein Leben zerbrochen... Ich war jung und naiv. Ebenso wie viele andere junge Mädchen meines Kreises wartete ich, bis die Männer den Sieg erringen und uns die Freiheit bringen würden.

Nun aber wurde ich an einem der ersten Augusttage des Jahres 1944 ganz plötzlich in eine Sklavin der Deutschen verwandelt. Das geschah in der Umgebung von Riga, in Ciekurkalns, wohin ich zu Verwandten gefahren war. Eine deutsche Patrouille hielt mich auf der Straße an, und da ich keine Bescheinigung darüber vorzeigen konnte, daß ich zum Wohle des Hitlerreichs arbeite, wurde ich verhaftet und zusammen mit anderen Männern und Frauen in die Arbeitsverwaltung geschickt. Dort teilte man mich für ein deutsches Munitionslager ein, wo ich als — Verladerin arbeiten sollte. Ich wurde unter bewaffnetem Geleit an die Arbeitsstelle

gebracht. Später wurde ich mit 60 anderen Lettinnen in die bekannte Sklavenhalterorganisation „Todt“ eingereiht. Unter der Bewachung von Gendarmen mußte ich in meiner lettischen Heimat für die deutsche Wehrmacht Gräben anlegen und Straßen reparieren. Dann arbeitete ich in Berlin in einer Fabrik. Sogar während der schlimmsten Bombenangriffe, als 2000 oder sogar 3000 alliierte Flugzeuge gleichzeitig über Berlin „hingen“, erlaubte man uns nicht, die Bombenkeller aufzusuchen: diese waren nur für Deutsche. Uns aber erklärte man zynisch:

„Arbeitsvieh haben wir genug. Auch wenn Sie getötet werden, ist das kein großes Unglück.“

Zu Beginn des Winters 1945 befand ich mich in dem Badeort Kellenhusen an der Ostsee, wo ich im Keller eines deutschen Militärlazarets Wäsche wusch. Wie ich diesen furchtbaren Winter überlebt habe, weiß ich nicht mehr. Wir Wäscherinnen und Dienstboten wurden nur mit Spinat und Kohl ernährt. Brot erhielten wir nicht, ja, nicht einmal Kartoffeln. Mit Scham und Schmerz erinnere ich mich, wie einmal unerträglicher Hunger mich in die Küche trieb, wo ich ein Stück Brot und ein Stück Fisch stahl.

Anfang Mai landeten in Kellenhusen englische Soldaten. Wir frohlockten — das war die lang erwartete Freiheit und die baldige Rückkehr in die Heimat! Aber schon zwei Tage später wurden alle Ausländer aus Kellenhusen in einen anderen Badeort, Haffkrug an der Ostsee, übergeführt. Alle Deutschen wurden dort ausgesiedelt und an ihrer Stelle 20 000 Ausländer angesiedelt. Bald brachte man auch ein lettisches Kinderheim hierher — „Latviesu Majoru bernu nams“ (Lettisches Kinderheim Majoru), das im Herbst 1944 nach Deutschland evakuiert worden war. In diesem Kinderheim befanden sich 110 Knaben und 10 Mädchen von 3—10 Jahren, deren Eltern von den Deutschen erschossen bzw. in Gefängnisse und Konzentrationslager eingesperrt worden waren. Der Zustand der Kinder war furchtbar: bläulichblau, tiefliegende fieberige Augen, am ganzen Körper mit Geschwüren und wunden Stellen bedeckt, total ausgemergelt, in Lumpen. Man schlug mir vor, ihre Erzieherin zu werden, und ich nahm diesen Vorschlag mit Freuden an.

Als wir dann mit Hilfe der UNRRA unsere Schutzbefohlenen eingekleidet und ein wenig herausgefüttert hatten, so daß sie wieder das bei Kindern gewöhnliche Aussehen annahmen, da leitete unsere Vorsteherin, Ilga Hainis, die mit dem „Lettischen Nationalkomitee“ in Lübeck Rücksprache genommen hatte, die Papiere aller Kinder an das Rote Kreuz weiter, während sie

die Kinder selbst an Adoptiveltern abzugeben begann. Wir Erzieherinnen protestierten, denn die meisten unserer Pflegebefohlenen waren, wie sich feststellen ließ, Kinder von Soldaten und Offizieren der gegen die Faschisten kämpfenden Sowjetarmee, und nicht alle von ihnen waren natürlich während des Krieges gefallen. Später stellte sich weiter heraus, daß auch einige Mütter in den faschistischen Kerkern am Leben geblieben waren. Außerdem hatten alle Kinder ohne Ausnahme Verwandte in Lettland bzw. Rußland. Wir verlangten, daß die Kinder wieder in die Heimat geleitet würden, damit dort ihre Eltern und Verwandten gesucht und ihnen die Kinder zurückgegeben werden konnten. Vertreter der UNRRA griffen ein. Die Kinder wurden in das Kinderheim zurückgebracht, die Vorsteherin abgesetzt, und das Heim wurde dem englischen Roten Kreuz unterstellt mit der Maßgabe, daß die Kinder nach Lettland zurückgeschickt werden. Es vergingen jedoch Monate, das Kinderheim wurde in die Nähe von Lübeck verlegt, aber in die Heimat kehrte niemand zurück.

Ich begann mich für meine Heimkehr einzusetzen. Statt meinem Ersuchen Gehör zu schenken, brachte man mich in das Zwangsverschlepptenlager in Neustadt. Hier befanden sich, wie bereits erwähnt, mehr als 3000 versetzte Personen. Wir lebten in abscheulichen Verhältnissen, in schmutzigen und schlecht eingerichteten Baracken der früheren Marineschule — 15 Personen in einem Zimmer. Die Lagerration war kümmerlich. Am Morgen erhielten wir gar nichts, zu Mittag nur drei Viertel Liter Suppe ohne Brot, zum Abendessen 150 Gramm Brot und 30 Gramm Zucker oder Honig oder aber Konserven — selbstverständlich nur eines von diesen dreien. Mit Ausnahme einiger Dutzend Personen, die in der Lagerkanzlei arbeiteten oder der Wachmannschaft angehörten, und ferner der UNRRA-Chauffeure hatte keiner von uns irgendeine Arbeit.

Als wir um Arbeit baten, kam man uns mit dem Ansinnen, entweder die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen und in deutsche Betriebe überzugehen, oder nach Kanada, Brasilien oder anderen Ländern Südamerikas zu fahren. Dafür wurden wir unermüdlich mit profaschistischer und sowjetfeindlicher Propaganda und allen möglichen Verleumdungen über unsere Heimat gefüttert. Man redete auf uns ein, auf keinen Fall nach Sowjetlettland zurückzukehren. Diese Propaganda wurde in unserem Lager von dem Neustädter „Lettischen Komitee“ besorgt. Dieses „Komitee“ besteht restlos aus faschistischen Elementen, die seinerzeit aktiv mit den Deutschen zusammengearbeitet haben. Es handelt sich um

Grosbergs, 45 oder 46 Jahre alt; den Advokaten Siliņš, 45 Jahre alt; den Lehrer Neimanis, 34 oder 35 Jahre alt, und Zanis Stolz, 35 Jahre alt. Dieser letztere hatte einen hohen Posten in der lettischen politischen Abteilung beim Himmlerschen „SD“ in Riga bekleidet. Die übrigen waren ebenfalls Rigenser, bekleideten jedoch im „SD“ und in anderen deutschen Institutionen kleinere Posten. Niemand hatte sie gewählt. Sie waren vom „Lettischen Nationalrat“ in der Stadt Detmold eingesetzt, an dessen Spitze die bekannten lettischen Reaktionäre und Faschisten Valdmāns und Bersiņš stehen. Übrigens kam im vorigen Jahr am Līgotage (Johanni, in Lettland ein Sommerfesttag) Bersiņš zu uns ins Kinderheim und hielt eine lange sowjetfeindliche Rede, in der er die Letten aufforderte, auf keinen Fall in die Heimat zurückzukehren.

Bei der Durchführung dieser Propaganda wurde das Neustädter „Komitee“ aktiv unterstützt von der juristischen Abteilung des Lagers. Solche „Institutionen“ gibt es in allen Lagern der englischen Zone. Sie werden mit Wissen der Besatzungsbehörden von Lübeck aus durch einen gewissen Subans geleitet, von dem erzählt wird, er sei während der deutschen Okkupation in Dünaburg Polizeipräsident oder Gefängnisdirektor gewesen. Die juristischen Abteilungen befassen sich damit, daß sie Sowjetbürger dazu überreden, ihre Heimat abzuschwören, sie geben „Staatenlosenspässe“ an sie aus und helfen ihnen dabei, Staatsbürger anderer Länder, z. B. Deutschlands, Kanadas oder Belgiens, zu werden, wenn sie sich einverstanden erklären, in Deutschland zu bleiben oder in diese Länder zur Arbeit zu fahren. Die juristischen Abteilungen haben auch falsche Papiere an viele lettische Hitlerfaschisten und Kriegsverbrecher ausgegeben und ihnen geholfen, eine andere Farbe anzunehmen, die Spuren ihrer Verräterei zu verwischen und sich der verdienten Strafe zu entziehen.

Schließlich stand dem „Lettischen Komitee“ in Neustadt eine so „mächtige Artillerie“ wie die Presse zur Verfügung. In unserem Lager trafen allein in lettischer Sprache tagtäglich die folgenden Zeitungen ein: „Latvijas Bals“ (Die Stimme der Letten), „Latvijas Vards“ (Das Wort Lettlands), „Latvijas Vestnesis“ (Lettische Nachrichten), ferner die Wochenschriften „Ceļš Svešumā“ (Weg in der Fremde), „Tauta Svešumā“ (Volk in der Fremde) und viele andere. Insgesamt erhielt unser Lager an die 25 Zeitungen und Zeitschriften in lettischer, estnischer und litauischer Sprache, die mit englischer und amerikanischer Lizenz erscheinen. Diese ganze Presse rief uns versetzten Personen wie aus einem Munde von der Rückkehr in die Heimat ab und versuchte,

uns mit allen möglichen Schauergeschichten zu schrecken.

So z. B. versuchte die lettisch erscheinende Presse uns tagaus, tagein weiszumachen, Riga liege in Trümmern, elektrischer Strom sei nicht vorhanden, Straßenbahnen verkehrten nicht, Theater und Kinos seien geschlossen, die Rigaer Straßen lägen voller Schutt und würden nicht aufgeräumt. Die Russen, die die Menschheit von der hitlerfaschistischen „Neuordnung“ befreit haben, wurden mit der Behauptung verleumdet, sie brächten die Letten um und nivellierten ihre nationalen Besonderheiten und Bräuche, ihre ganze Lebensweise. Uns wurde ständig mit allen möglichen Strafmaßnahmen, in erster Linie mit Sibirien, bange gemacht.

So wird künstlich Feindschaft geschürt, so werden Lügen fabriziert, die sich im Grunde durch nichts von der faschistischen Goebbelspropaganda üblen Angedenkens unterscheiden.

Unter dem Eindruck alles dessen leben, unterernährt, mit ständigem Heimweh, sich nach Arbeit sehnend, 3000 versetzte Personen im Neustädter Lager. Angesichts der im Lager herrschenden Atmosphäre und der unkontrollierten Macht, die die Faschisten und Halbfaschisten aus dem „Komitee“ und der juristischen Abteilung ausüben, hat niemand den Mut, von einer Rückkehr in die Heimat zu reden. Spricht ein Mann hiervon, so rechnen die faschistischen Elemente aus der Lagerwache mit ihm kurzerhand ab — er erhält „Dunkelhaft“ und wird mißhandelt. Dann wird er beschuldigt, eine Rauferei angefangen zu haben. Spricht eine Frau von der Rückkehr in die Heimat, so wird sie im schweigenden Einverständnis mit der englischen Lageradministration boykottiert, wobei die Sache nicht selten so gezeichnet wird, daß sie ohne Nahrung bleibt. Die Beispiele sind mit Händen greifbar. Ich selber bin ein lebendes Beispiel hierfür. Sie werden zugeben, geehrte Marjorie Banks, daß die versetzten Personen es angesichts derartiger Methoden im Interesse ihrer eigenen Sicherheit vorziehen, zu schweigen, oder zu antworten, sie hätten „keine Lust“, in die Heimat zurückzukehren. Sie aber sind doch Journalistin, also ein Mensch mit Beobachtungsgabe. Konnten Sie denn wirklich nicht in den Augen dieser Unglücklichen lesen? Haben Ihnen denn die gramzerfurchten und gealterten Gesichter nichts gesagt? Oder haben Sie es vorgezogen, bloß die Verwaltung der Lager zu interviewen?

Wie kann man die Dreistigkeit haben, vor der ganzen Welt zu erklären, die versetzten Personen wollten durchaus nicht in die Heimat zurückkehren? Wie kann man diese unglücklichen Menschen so beleidigen?

In Kellenhusen und Haßkrug bekam ich von Ihren Landsleuten — britischen Offizieren und Soldaten — häufig zu hören, daß Tatsachen entscheiden. Jawohl, Tatsachen existieren, und niemand kann sie beiseite schaffen. Ich werde Ihnen deshalb noch einige Tatsachen anführen.

Noch während meiner Arbeit im Kinderheim schrieb ich meiner Schwester einen Brief nach Riga. Die Antwort traf im Kinderheim ein, als ich mich bereits im Lager befand. Meine Freunde fanden Mittel und Wege, mir den Brief zuzustellen. In diesem Brief forderte meine Schwester mich auf, nach Hause zu kommen, und erzählte mir von ihrem Leben. Sie schrieb davon, wie schön Riga im Sommer ist (der Brief stammt aus dem vorigen Sommer), wie herrlich seine Parks, seine Gärten und Boulevards sind, wie sie von Kindern wimmeln, die Scharen von Tauben füttern. Wir Rigenser lieben unsere Stadt sehr und sind stolz auf sie. Natürlich wurde der Brief sehr rasch allen Letten unseres Lagers bekannt, und alle waren froh, daß Riga erhalten ist und das Leben dort pulsiert. Aber diese einfachen Nachrichten aus der Heimat warfen alle verlogen-derischen Behauptungen der „Persönlichkeiten“ aus dem „Komitee“ mit einem Schläge über den Haufen. Ihnen gefiel dieser Brief ganz und gar nicht. Das wäre ja auch! Der Brief wurde als „Propaganda“ der Roten ausgegeben, er sei meiner Schwester unter Todesandrohungen in der Tschecha diktiert worden, und ich wurde als ein dummes und begriffsstutziges „Frauenzimmer“ hingestellt. Das geschah im September 1946.

Was man dort auch über mich sagen mochte, nach diesem Brief stand mein Entschluß, in die Heimat zurückzukehren, vollends fest. Unter Gefahr für meine persönliche Sicherheit ging ich dennoch mit diesem Entschluß zum Direktor des Lagers, Mr. Carnell, einem Hauptmann der kanadischen Armee. Er war von meiner Bitte ganz schockiert. Nach einigen Minuten Nachdenkens antwortete er, dies sei der erste Fall in seiner Praxis in Deutschland, daß jemand sich an ihn mit dem Ersuchen wende, in die Heimat geschickt zu werden. Ich könne mir „wegen meiner Jugend und Unerfahrenheit“ offenbar nicht ganz vorstellen, welches Risiko ich liefen mit meinem undurchdachten Entschluß, zu diesen „russischen Barbaren“ zurückzukehren. Meine Unbeugsamkeit aber nötigte Hauptmann Carnell dennoch, mir einen Brief an seinen Chef in Lübeck, den englischen Major Stert, mitzugeben.

Dieser Brief, aus dem ich nur die Floskeln weglasse, die ein Untergebener gegenüber Vorgesetzten zu gebrauchen pflegt, lautete wie folgt:

„Ich schicke Ihnen diese junge, für ihr Vorgehen nicht verantwortlich zu machende Dame und ersuche,

mit ihr über ihren leichtfertigen Wunsch, in die Heimat, nach Lettland, zurückzukehren, zu reden (Unterstreichung von Carnell). Falls die erwähnte junge Dame sich versteift, weisen Sie ihr bitte den entsprechenden Weg...“

Nun wiederholte sich das bereits oben geschilderte Gespräch, nur mit dem Unterschied, daß Major Stert aus irgendeinem Grunde außerordentliche „Fürsorge“ für meine Gesundheit an den Tag legte und darüber „beunruhigt“ war, ich könnte mich auf der Reise erkälten. Der Klarheit halber will ich hier bemerken, daß zwischen meinem ersten Gesuch an Hauptmann Carnell in der zweiten Septemberhälfte 1946 und dem Empfang des Schreibens an Major Stert und dem Gespräch mit ihm mehr als anderthalb Monate lagen. Es war also Spätherbst geworden, der wirklich Fröste brachte.

Kurz gesagt, ich setzte es dennoch bei Major Stert durch, daß ich zu der Sowjetmission für Angelegenheiten der Repatriierung in Lübeck Zutritt erhielt, und in der zweiten Novemberhälfte 1946 reiste ich nach der Heimat ab. Am 9. Januar 1947 traf ich in Riga ein.

Ich halte es nicht für notwendig, die böswilligen und vorsätzlichen Lügen zu widerlegen, die unter den Insassen des Neustädter Lagers über meine Heimat verbreitet werden. Die Wahrheit des Lebens ist stärker als ihre Lügen. Ich will nur bemerken, daß wir Rigenser trotz des außerordentlich strengen Winters in warmen Häusern wohnten, die von dem Strom des neu in Betrieb gesetzten Wasserkraftwerks Kegumska an der Daugava (Düna) hell erleuchtet wurden.

Schon mehrere Monate lang arbeite ich in der Rigaer Textilfabrik „Bolschewistin“ (früher „Buffalo“ und „Latvijas Kikvilna“) als Sekretärin des Fabrikdirektors. Ich bekomme ein gutes Gehalt und bin sehr zufrieden mit meiner Arbeit. Im Herbst denke ich mich auf den Eintritt in die Universität vorzubereiten.

Anfang Mai wurden in unserer Fabrik die Mitglieder des Gewerkschaftskomitees neu gewählt, und die Arbeiterinnen und Angestellten der Fabrik wählten mich auf ihrer Gewerkschaftsversammlung in geheimer Abstimmung zur Sekretärin und Kassiererin des gewerkschaftlichen Betriebsrates. Mit großer Freude nahm ich diesen Vertrauensbeweis der Belegschaft unserer Fabrik entgegen. Gewerkschaftsfunktionär zu sein ist eine große Ehre. Ich widme meine ganze freie Zeit der Arbeit im Gewerkschaftsausschuß. Arbeit aber gibt es jetzt viel. Es haben die Sommerurlaube begonnen, und unser Komitee hat aus seinen Mitteln für 30 Arbeiterinnen Plätze in Sanatorien und Erholungsheimen am Rigaer Meerbusen, in der Krim und im Kaukasus

besorgt. Da die Fabrik groß ist und wir vorläufig wenige derartige Plätze erhalten haben, so galt es, sie richtig zu verteilen, damit keiner der Besten und Würdigsten übergangen wurde. Unsere besten Arbeiter:innen erhalten die Erholungsmöglichkeit gratis, und auch die Kosten für Hin- und Rückfahrt werden ihnen bezahlt. Eine bestimmte Anzahl von Plätzen in Erholungsheimen beschafft auch die Fabrikdirektion aus ihren Mitteln. Alles das schließt nicht aus, daß eine Fabrikarbeiterin oder ein Kontorangestellter, schon ganz zu schweigen von Ingenieuren und Meistern, für ihr eigenes Geld in einem Sanatorium oder Erholungsheim einen Platz zugewiesen erhält oder sich an einer Erholungsreise durch das Land beteiligt.

Außerdem sorgen wir gemeinsam mit der Fabrikdirektion dafür, daß fast alle Kinder unserer Arbeiter und Angestellten im schulpflichtigen und vorschulpflichtigen Alter während des ganzen diesjährigen Sommers in Landheimen oder an der See Erholung finden. Die hierfür erforderlichen Mittel werden teilweise von der Gewerkschaft aus den Fonds der Sozialversicherung bereitgestellt und teilweise von der Fabrikdirektion bezahlt. Der Beitrag der Eltern ist ganz geringfügig, er beträgt etwa 10 bis 20 Prozent der Kosten des Landaufenthalts.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal zu der Frage der Kinder zurückkehren, die sich auch jetzt noch in Deutschland befinden. Was haben diese kleinen Wesen verschuldet, daß man sie nicht zu ihren Müttern und Angehörigen in die Heimat zurückläßt? Ich weiß nicht wie, aber vier Mütter meiner früheren Pflöge haben mich kürzlich ausfindig gemacht. Eine von ihnen lebt jetzt in Moskau, drei in Ljepaja. Sie alle sind eigens zu mir nach Riga gekommen, um über das Schicksal ihrer Kinder Auskunft zu erhalten. Es handelt sich um die Mutter des siebenjährigen Juri Masharow — Sinaida Masharowa; die Mutter des achtjährigen Nikolai Gurtowoi — Tatjana Gurtowaja; die Mutter des achtjährigen Juri Serdjukow — Jewdokija Serdjukowa, und die Mutter des sechsjährigen Viktor Muhamedow — Maria Muhamedowa. Ihre Väter, Sowjetoffiziere, sind bei der Verteidigung ihrer Heimat und der Rettung der Völker Europas vor dem Faschismus den Heldentod gestorben, ihre Kinder aber werden von den britischen Besatzungsbehörden aus unbekannten Gründen in Deutschland festgehalten und nicht in die Heimat zu ihren Müttern geschickt, die sie geboren und gestillt haben.

Ich frage Sie, geehrte Marjorie Banks, wollen diese sechs-, sieben- und achtjährigen Knaben gleichfalls nicht zu ihren Müttern zurückkehren?

Warum haben Sie das während Ihrer Reise durch die Lager, in denen versetzte Personen festgehalten werden, nicht gesehen? Oder dürfen „unabhängige“ Journalisten in Ihrer „freien“ Presse über solche Dinge nicht schreiben?

Zum Schluß möchte ich mich an meine Freunde und Landsleute wenden. Ich möchte Euch, meine Lieben, sagen, daß die Heimat Euch — ihre Söhne und Töchter — erwartet. Für Euch alle wird sich in der Heimat Arbeit finden, und wie süß und schmackhaft ist das auf der Heimat-erde gereifte Brot! Das ist kein Gnadenbrot von Wohltätern, sondern eigenes, mit den Säften der lettischen Heimat-erde getränktes Brot.

Ich wende mich an Sie, Edit Pfeifer, und an Ihren Gatten, den Komponisten Janis Kalnin. Welcher lettische Gebildete und wahre Kunstliebhaber konnte Sie, liebe Edit, nicht, Sie, die Sie viele Jahre Primaballerina Lettlands gewesen sind, oder Ihren Gatten, unseren bekannten Komponisten! Wenn ich in unserem Operntheater bin und die Ballette „Don Quichotte“ und „Die Fontäne von Bachtischisara“ in neuen reichen Kostümen und mit neuen, glänzend ausgeführten Dekorationen sehe, oder wenn ich meine Lieblingsopern — „Der Barbier von Sevilla“, „Rigoletto“, „Pique Dame“ und „Carmen“ — höre, so erinnere ich mich mit Schmerz und Trauer Ihrer, liebe Edit, und Ihres Gatten. In einem fremden Land, unter Ihnen fremden Menschen muß eine begabte Ballerina, um sich ihr tägliches Brot zu erwerben, unter musikalischer Begleitung ihres Gatten — eines großen Komponisten — in englischen Klubs auf Tischen tanzen und die beim Whisky sitzenden britischen Offiziere amüsieren. Sie sind ja noch zu jung und zu schade dafür, die große Bühne eines großen, richtigen Theaters zu vertauschen gegen einen zweifelhaften Erfolg in einer englischen Kneipe im besetzten Deutschland.

Glauben Sie nicht den Schreihälsen aus den verschiedenen „Komitees“ und „Zentralen“. Diese Abenteurer und politischen Hochstapler sind niemals wirkliche lettische Patrioten unseres Lettlands gewesen. Sie haben immer mit ihrer Heimat Schacher getrieben und tun das aus Gewohnheit auch jetzt, zumal ihnen der Weg in die Heimat versperrt ist und sie von ihren ausländischen Herren gut bezahlt werden. Euch aber, ehrliche Menschen, wird die Heimat wie die eigene Mutter aufnehmen, die verzeiht und tröstet und Euch mit ihrer alles heilenden Hand liebkost.

Ich wende mich auch an Euch, meine lieben Freundinnen Rosa Briedis und Marta Bjelowa. Nehmt Eure Schutzbefohlenen aus dem Klingenberger Kinderheim, die kleinen Bürger unseres Lettlands, und kehrt mit ihnen in die

Heimat zurück. Ihr Lettinnen habt in Deutschland und in anderen ausländischen Staaten nichts zu suchen. Nur verlaßt Eure Kleinen nicht, denkt daran, daß Ihr, solange ihre Mütter sie nicht zurückerhalten, ihnen Mutter und Vater seid. Denkt daran und hütet die Kinder, seid beharrlich und entschlossen. Wahrheit und Recht sind auf Eurer Seite.

Zwei Worte möchte ich Ihnen, mein Freund Pauls Eimanis, sagen. Sie sind jung, und Sie haben einen schönen Beruf. Kürzlich ging ich in den Rigaer Hafen, um zu erfahren, ob Steuerleute für große Fahrt gebraucht werden. Ich erhielt zur Antwort, daß sie sowohl in Liepaja als auch in Ventspils, in denen die Schifffahrt jetzt in vollem Gang ist, dringend gebraucht werden. Man sagte mir, daß überhaupt Seeleute aller Berufe gesucht sind. Solange Sie Ihren

geliebten Steuermannsberuf noch nicht völlig vergessen haben und seiner noch nicht entwöhnt sind, verlassen Sie das Lager, hören Sie auf, auf den Straßen der Ihnen fremden Stadt Bremen Steine zu schleppen, und fahren Sie nach Hause. Wir erwarten Sie in Riga. Jetzt ist es hier sehr schön, die ganze Stadt schwimmt in hellem und saftigem Grün. Mit einem Wort, es ist alles wie früher, vor dem Kriege.

Herzlichen Gruß aus der Heimat für alle meine lieben Freunde und Landsleute. Gruß an alle, die mich kennen und sich meiner erinnern. Ich werde glücklich sein, wenn dieser aufrichtige Gruß Euch erreicht. Bis auf baldiges Wiedersehen auf unserer Heimateerde.

Eure Irene PHILIPPOWA

Riga, den 28. Mai 1947.

Internationale Umschau

(Notizen)

SONDERBARE PROZEDUREN ODER PROZEDURSCHEEREIEN

Seitdem die UNO-Generalversammlung die Schaffung eines Atomkontrollausschusses beschlossen hat, sind bereits über anderthalb Jahre verflossen.

Am 14. Dezember v. J. faßte die Generalversammlung eine Resolution über die Regulierung und Einschränkung der Rüstungen, in der das möglichst baldige Verbot der Atomwaffen und anderer zur Massenvernichtung dienender Mittel sowie ihre Entfernung aus den Waffenbeständen der Länder als erstrangige und besonders dringende Aufgabe festgelegt wurde.

Die Völker der ganzen Welt beobachten mit gespannter Aufmerksamkeit, was im Atomkontrollausschuß unternommen wird, und erwarten von ihm tatkräftige Maßnahmen und eine unverzügliche Lösung der ihm von der UNO gestellten Aufgaben.

Der Ausschuß aber kommt mit seiner Arbeit nicht von der Stelle.

Die reaktionären Blätter der USA, Englands und anderer Länder suchen das Ausbleiben diesbezüglicher Fortschritte auf die angebliche Unnachgiebigkeit der Sowjetunion zurückzuführen.

Die Tatsachen besagen jedoch etwas ganz anderes.

Am 11. Juni d. J. brachte A. A. Gromyko, der Vertreter der Sowjetunion im Sicherheitsrat, im Atomkontrollausschuß einen Antrag ein, der die am 19. Juni v. J. vorgelegten Vorschläge der Sowjetunion zu dieser Frage ergänzt und ausbaut.

Die Vorschläge der Sowjetregierung sind von dem Bestreben durchdrungen, das von der UNO geforderte Verbot der Atomwaffe und anderer zur Massenvernichtung dienender Mittel unverzüglich in Kraft zu setzen.

Die Sowjetvorschläge formulieren die wichtigsten Grundsätze für ein internationales Abkommen oder eine Konvention über die Atomenergiekontrolle. Um die ausschließliche Verwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken sicherzustellen, wird vorgeschlagen, eine strenge internationale Kontrolle über alle Unternehmungen einzuführen, die sich mit der Gewinnung von Atomrohstoffen und mit der Herstellung von Atommaterialien und Atomenergie befassen. Für die Kontrolle über die Atomenergiebetriebe wird vorgeschlagen, im Rahmen des Sicherheitsrats eine internationale Kontrollkommission zu gründen.

Die Sowjetvorschläge betreffen außerdem die Zusammensetzung sowie die Rechte und Pflichten dieser Kommission, die wichtigsten Inspektionsmaßnahmen für die Atomenergiebetriebe und die Grundprinzipien der Atomforschung.

Man sollte meinen, die Vorschläge der Sowjetregierung würden im Atomkontrollausschuß sachlich und ohne Aufschub behandelt und müßten zu einem Abkommen über eine internationale Atomenergiekontrolle führen.

Es setzte aber die übliche Prozedurkasuistik ein. Die Vorschläge der Sowjetregierung wurden am 12. Juni im Arbeitsausschuß des Atomkontrollausschusses erörtert der aus je einem Vertreter aller den Atomkontrollausschuß bildenden UNO-Staaten besteht und die dem Ausschuß zur Behandlung eingereichten Pläne und Vorschläge prüft. Osborn, der USA-Vertreter, verlangte, die Vorschläge der Sowjetregierung sollten im Arbeitsausschuß, die vom Sekretariat auf Grund der amerikanischen Anregungen ausgearbeiteten Vorschläge aber im Ausschuß Nr. 2 behandelt werden, der die mit der Atomenergiekontrolle zusammenhängenden Fragen zu bearbeiten und Empfehlungen zu machen hat.

Mit dieser sonderbaren Trennung will man offenbar erreichen, daß die amerikanischen Vorschläge separat von den Vorschlägen der Sowjetregierung erörtert werden. Sind sie von der Mehrheit der Ausschußmitglieder angenommen, dann könnte man sie den Sowjetvorschlägen gegenüberstellen.

Osborn hat zwar in seiner Rede auf die Bedeutung der Sowjetvorschläge hingewiesen und erklärt, sie trügen zur Erzielung einer Vereinbarung bei, sagte aber gleichzeitig, daß zwischen den Vorschlägen der Sowjetunion und denen der USA ein großer Unterschied bestehe und daß sie daher in verschiedenen Ausschüssen erörtert werden müßten.

Ein Unterschied zwischen den Vorschlägen der Sowjetunion und denen der USA besteht zweifellos. Insbesondere tragen die Vorschläge der Sowjetunion, zum Unterschied von den verschwommenen und gewollt verworrenen Vorschlägen des amerikanischen Projekts, einen ganz unzweideutigen Charakter und enthalten präzise, jede Mißdeutung ausschließende Formulierungen, namentlich in bezug auf die Inspektion und die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten.

Eben deshalb wäre es aber auch zweckmäßig, sie im selben Ausschuß zu behandeln, um bei verschiedenen Ansichten einander näherzukommen und gemeinsame Formulierungen zu finden, die eine unverzügliche Erreichung des von der UNO geforderten Verbots der Atomwaffe ermöglichen.

Einige Mitglieder des Atomkontrollausschusses aber scheinen gerade dies nicht für ihre Aufgabe zu halten. Das geht aus den Worten Cadogans, des britischen Vertreters hervor, der sagte, es sei unmöglich, die Vorschläge der Sowjetunion zu behandeln, bevor ein Arbeitsdokument (working paper) vorläge, das von anderen Stellen inoffiziell vorbereitet wird. Die Schnecke hat sich in Trab gesetzt, irgendeinmal wird sie wohl zum Ziel kommen. Die sonderbaren Prozeduren schlaugen unverkennbar in Prozedurscherereien um.

Alles dies hemmt das Zustandekommen der Beschlüsse über das Verbot der Atomwaffe.

NACH WALL-STREET-DIKTAT

Bekanntlich hängt die USA-Presse von der Macht des Geldes und von der Dollardiplomatie ab. Sie tut deshalb, was ihr ihre Brotgeber von der Wall Street befehlen. Denen paßt es jetzt nicht, daß das ungarische Volk seine Angelegenheiten selbständig regelt, daß es die Verbrecher, die ein Komplott gegen die Republik schmiedeten, unschädlich macht, und daß es seine Regierung reorganisiert. Deshalb führt die amerikanische Presse eine wütende Kampagne gegen die ungarische Regierung. Die USA-Berichterstatte erhielten Auftrag, sie auf jede Weise anzuschwärzen und zu kompromittieren, und sie kommen diesem Auftrag mit einem Eifer nach, der selbst den vertrauensseligsten Leser nachdenklich stimmen müßte.

Rafael Correa de Oliveira, ein Mitarbeiter der brasilianischen Zeitung „Diretrizes“, der die Unmassen von Meldungen der amerikanischen Telegraphenagenturen über die Lage in Europa, namentlich auch in Ungarn, täglich liest, schrieb folgendes:

„Die amerikanischen Berichterstatte schicken jetzt aus Budapest lange Telegramme über die angeblich von der neuen Regierung begangenen Gewalttaten, über eine demokratische Opposition in Parlament und Presse usw. Entsprechen diese Meldungen den Tatsachen, dann war alles, was dieselben Berichterstatte früher über den eisernen Vorhang und die Sowjetherrschaft in Ungarn, über die Pressezensur und über das Fehlen politischer Parteien schrieben, entweder freie Erfindung oder vorsätzliche Lüge und verleumderische Propaganda. Aus Trumans heutigen Äußerungen ist zu schließen, daß Ungarn bisher ein demokratisches politisches Regime mit einer repräsentativen Regierung gehabt hat, die normale politische Freiheiten gewährleistete. Diese Regierung, die angeblich durch einen kommunistischen Umsturz zu Fall kam, verdient, wie sich herausstellt, die volle Unterstützung des Staatsdepartements. War denn das nicht dieselbe Regierung, die sich hinter einem eisernen Vorhang verschanzte, und die erst kürzlich in der amerikanischen Presse so scharf als ein „Werkzeug Moskaus“ kritisiert wurde?“

Zweifellos war das „dieselbe Regierung“. Insofern ihre Politik die Interessen des ungarischen Volkes wahrnahm und zu der von den USA geplanten Einmischung in die Angelegenheiten Ungarns in Gegensatz stand, wurde sie von der USA-Presse verurteilt. In dieser Regierung befanden sich aber auch Leute, die die Horthydiktatur wiederaufrichten und den amerikanischen Monopolen Handlungsfreiheit geben wollten. Jetzt sind diese Leute aus der Regierung entfernt worden. Aus diesem Grunde verhalten sich die USA-Berichterstatler auch so feindselig zum neuen Kabinett und stellen die frühere Regierung als ein Opfer der Gewalt hin.

Die USA-Berichterstatler sind also nur scheinbar inkonsequent. In Wirklichkeit tun sie höchst konsequent, was ihnen die Wall Street diktiert.

DIE „DOKTRIN“ TRUMANS UND SEIN VETO

Am 20. Juni bestätigte das Repräsentantenhaus der USA trotz des Vetos, das Präsident Truman einlegte, in zweiter Lesung mit 331 gegen 83 Stimmen den arbeiterfeindlichen Gesetzentwurf Taft-Hartley. Auch der Senat sprach sich mit einer Zweidrittelmehrheit gegen das Veto des Präsidenten aus, so daß der Entwurf Gesetzeskraft erhielt. Dies ist ein weiterer Schritt zur Vernichtung des Roosevelt'schen Erbes in der Arbeitsgesetzgebung.

So lange der vom Kongreß bestätigte Gesetzentwurf in der Kanzlei des Weißen Hauses lag, um vom Präsidenten unterzeichnet oder abgelehnt zu werden, wurde in den USA eine stürmische Protestkampagne gegen die arbeiterfeindlichen Gesetzentwürfe geführt. Bis zum 16. Juni waren rund 700 000 Protestschreiben von Einzelpersonen und von ganzen Gruppen bei Truman eingegangen, in denen verlangt wurde, der Präsident solle in bezug auf den Gesetzentwurf Taft-Hartley von seinem Vetorecht Gebrauch machen. An einem einzigen Tag, dem 19. Juni, erhielt der Präsident 158 000 Briefe und Telegramme! In New York und anderen Großstädten des Landes protestierten Arbeiter in Massenversammlungen entschieden gegen die Gesetze, die die Gewerkschaften abwürgen wollen. In einer Resolution, die von den Werktätigen New Yorks am 10. Juni auf einem Massenmeeting im Madison Square Garden angenommen wurde, ist der Gesetzentwurf Taft-Hartley als eine „gesetzgeberische Verschwörung zur Vorbereitung des Faschismus durch Vernichtung der Gewerkschaften“ bezeichnet worden.

Das Weiße Haus kam bis zum 20. Juni zu keinem Entschluß, und die Frist, die das Gesetz dem

Präsidenten für die Erwägung der zu bestätigenden Kongreßbeschlüsse einräumt, war fast abgelaufen. In letzter Minute gab Truman dem Druck der Öffentlichkeit nach und legte sein Veto gegen den Entwurf ein. Aber schon am nächsten Tag annullierten das Repräsentantenhaus mit seiner republikanischen Mehrheit und darauf auch der Senat das Veto des Präsidenten und bestätigten ihren ursprünglichen Beschluß. Das Lesen der Protestschreiben von Millionen Amerikanern überließen die Kongreßmitglieder den Archivaren des Weißen Hauses.

Manche amerikanische Kommentatoren meinen, Trumans Veto stehe in Zusammenhang mit den 1948 bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Trat der Präsident als Verteidiger der Gewerkschaftsrechte auf, so riskierte er damit für den Gesetzentwurf nichts, da das Resultat der zweiten Lesung im Kongreß mit seiner reaktionären republikanischen Mehrheit außer Zweifel stand.

Wie dem auch sei, das amerikanische Volk bekommt — mit oder ohne Veto des Präsidenten — ein Gesetz, das von den Interessen der reaktionären Kreise diktiert ist. Das Gesetz wirft die amerikanische Arbeitsgesetzgebung um 15 bis 20 Jahre zurück und entzieht den amerikanischen Gewerkschaften fast alle Rechte, die sie sich im Laufe dieser Jahre erobert hatten.

Die Außenpolitik des amerikanischen Imperialismus steht also logisch in Einklang mit seiner Innenpolitik, die auf eine Drosselung der demokratischen Freiheiten abzielt. Nach Ansicht der Arbeiterpresse sind die gegen die Gewerkschaften gerichteten Gesetze die innerpolitische Seite der „Trumandoktrin“, was auch durch das Veto des Präsidenten nicht vertuscht werden könne.

FEDERFUCHSEREI STATT ERFÜLLUNG DER VERBÜNDETENBESCHLÜSSE

Agrarreformen kommen in der britischen Besatzungszone Deutschlands nur nach langen, heftigen „Geburtswehen“ zur Welt. Bisher hat nur der Schleswig-Holsteinische Landtag ein Reformprojekt zur Welt gebracht, das aber nicht gerade als wohlgeraten zu bezeichnen ist. Ihm zufolge sollten nur Bodenanteile von über 150 Hektar zur Verteilung kommen, und auch das nur unter einer Reihe von Vorbehalten. Selbst die britische Militärverwaltung bestätigte es nicht und erklärte es für unzureichend.

Am 11. Juni erschien ein weiteres, diesmal von den englischen Behörden ausgearbeitetes Projekt auf der Bildfläche. General Robertson, Stellvertreter des britischen Oberbefehlshabers, legte es dem

deutschen Zonenbeirat in Hamburg vor und ordnete an, es solle im Laufe eines Monats erörtert werden.

Was für eine Reform schlägt die englische Militärregierung vor, die ja den schleswig-holsteinischen Entwurf abgelehnt hat? Sie schlägt ebenfalls vor, den Großgrundbesitzern Bodenanteile von über 150 Hektar abzunehmen, wofür sie entschädigt werden und das Recht erhalten sollen, die eingezogenen Bodenanteile zu pachten. Der Gutsbesitzer selbst bestimmt, welchen Boden und welches Inventar er zur Verteilung hergeben will. Jeder diesbezügliche Beschluß kann vor einem Schiedsgericht angefochten werden. Der eingezogene Boden fällt nicht an die Bauern, sondern an Landkommissionen. Die Heranziehung von Vertretern der Selbstverwaltung, der Parteien und anderer Organisationen zu diesen Kommissionen ist verboten!

Durch Beschluß des Außenministerrats sind die britischen Besatzungsbehörden verpflichtet, in ihrer Zone eine Bodenreform durchzuführen. Statt nun diesen Beschluß zu erfüllen, suchen sie sich mit Federfuchserien aus der Affäre zu ziehen. Eine echte Bodenreform müßte natürlich von den Aufgaben der Demokratisierung Deutschlands ausgehen. Die Verfasser des englischen Plans kümmern sich jedoch nicht um diese Aufgaben und glauben nicht einmal verhehlen zu müssen, daß ihr Projekt nicht die demokratische Umgestaltung Deutschlands zum Ziel hat. In einer offiziellen Erklärung der britischen Besatzungsbehörden über den Entwurf heißt es, die britische Militärregierung sei stets bemüht gewesen, eine Verquickung der Bodenreform, die ja eine soziale und ökonomische Maßnahme sei, mit der Demilitarisierung und Denazifizierung zu vermeiden.

In progressiven deutschen Kreisen war man anfangs über das englische Projekt erstaunt und protestierte dann dagegen. So erklärte Erich Arp, Landwirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, ganz offen, mit einer solchen Vorlage sei eine Bodenreform faktisch unmöglich durch-

zuführen. Vertreter der demokratischen Parteien bezeichnen das englische Projekt einmütig als unbrauchbar.

SEÑORA PERON IN MADRID

Frau Eva Peron, die Gemahlin des Präsidenten von Argentinien, stattete dem faschistischen Spanien mit allem Pomp einen Besuch ab.

Die Francobehörden taten alles, um dem Besuch den Charakter einer erstrangigen diplomatischen und politischen Mission zu verleihen. Das Flugzeug Eva Perons wurde von einer Ehrenwache aus 40 spanischen Jagdfliegern eingeholt. Madrid hatte geflaggt. Auf dem Flugplatz Barajas hatten zum Empfang mehrere hundert hohe Würdenträger aus allen Regierungsämtern Aufstellung genommen. Franco hielt eine schmeichlerische Begrüßungsansprache und überreichte dem Gast am gleichen Tage das Großkreuz Isabellas der Katholischen.

Frau Peron ließ sich ebenfalls nicht lumpen. Sie bedachte den blutigen Diktator Franco und sein Regime freigebig mit Komplimenten. Auf den zahlreichen zu ihren Ehren veranstalteten Feiern hob die argentinische Señora das Francoregime und seine „Errungenschaften“ in den siebenten Himmel. „Mein ganzes Herz gehört Ihnen“, sagte sie zu Franco gewandt auf einer solchen Feier, die am 14. Juni in der Umgebung Madrids stattfand.

Der Besuch der Señora Peron soll die sinkenden Aktien des Madrider Diktators stützen. Er ist ein Ausdruck demonstrativer Mißachtung der Weltöffentlichkeit und der UNO Beschlüsse, die das faschistische Regime Francos, der Kreatur Hitlers und Mussolinis, verurteilen, und wurde als solcher in der demokratischen Auslandspresse voll Entrüstung kommentiert.

Franco scharwenzelt vor der Gattin des argentinischen Präsidenten und bauscht die Bedeutung ihres Besuches in Madrid auf. Er hat nicht übel Lust, die internationale Isolierung Francospaniens mit der Mantille der Señora Peron zu verhüllen.

München—Stuttgart

(Notizen eines Korrespondenten)

L. GRINBERG

VON BERLIN aus ziehen sich nach allen Richtungen die parallelen Betonbänder der Autobahnen durch Felder, Wälder und quer über Flüsse hinweg. Hier können die Kraftwagen nach Herzenslust Gas geben, da auf jeder der beiden Straßen Einbahnverkehr ist. Die Straßen sind so breit, daß drei bis vier Wagen nebeneinander Platz haben. Zwischen den beiden parallelen Betonbändern zieht sich ein breiter Grünstreifen hin. Es geht selten bergauf oder bergab, Kurven sind nicht häufig, in den Bergen verläuft die Straße in tiefen Engpässen, über die Täler sind hohe Viadukte gespannt. Das Landschaftsbild der deutschen Autobahn ist überall gleich, sei es nun in der sowjetischen oder in der amerikanischen Besatzungszone. Überall dieselben Reklameschilder, Kilometeranzeiger, Brücken und Grünanlagen. Städte und Dörfer liegen abseits vom Wege.

Mag sein, daß den Korrespondenten, die sich zu einer Reise durch die Westzonen anschicken, meist deshalb vorgeschlagen wird, die Autobahn zu benutzen. Eine solche Reise geht schnell, reibungslos und — uninteressant vor sich. Dafür aber haben die gastfreundlichen Wirte keine überflüssigen Umstände. Ein Korrespondent könnte ja auf den Gedanken kommen, in einen Ort fahren, zu wollen, wo er nichts zu suchen hat, und etwas sehen zu wollen, was nicht im offiziellen Programm steht. Solche Reiseerfahrungen haben unsere Kollegen von der Feder gesammelt, die die westdeutschen Besatzungszonen früher besuchten.

Unser Weg führt von Berlin nach Südwesten, in die amerikanische Zone. Es geht nach München, der Hauptstadt Bayerns, eines der größten Länder des heutigen Deutschlands.

* * *

In einer Münchener Vorstadt halten wir, um uns zu erkundigen, wie man ins Stadtzentrum kommt. Wir stellen unsere Frage deutsch, der angeredete Passant versteht aber nicht. Wir fahren weiter. Der nächste, den wir fragen, antwortet in gebrochenem Deutsch: „Nicht verstehen.“ Mit dem nächsten geht es uns ebenso. Erst der sechste Angeredete erweist sich als Deutscher und sagt uns Bescheid.

Wer waren die ersten fünf? Nach kurzem Aufenthalt in der Stadt begriffen wir es. München ist die Stadt der „versetzten Personen“, deren es hier Zehntausende gibt.

Die Münchener Straßen sind vielsprachig, wie kaum die Straßen einer anderen Stadt. Hier hört man nicht nur Englisch, sondern auch Polnisch, Ungarisch, Lettisch, Ukrainisch und Serbisch. Sowohl rings um die Stadt als auch in ihrem Zentrum und in ihren Vorstädten gibt es Dutzende von UNRRA-Lagern, in denen sich Leute aufhalten, die man „versetzte Personen“ oder hier kurz „DPs“ (deported persons) nennt.

Wir besuchten ein solches Lager. In den Riesengebäuden einer ehemaligen SS-Kaserne leben 6500 Polen, Letten, Litauer, Esten, Ukrainer und Russen. Diese Menschenmasse frönt hier seit fast zwei Jahren einem erzwungenen Müßiggang. Die Kunde von der verzögerten Heimbeförderung der zwangsweise verschleppten „DPs“ aus der amerikanischen Zone pfeifen bereits die Spatzen von den Dächern. Man spricht davon in der ganzen Welt, besonders in den Ländern, zu deren Staatsbürgern diese Menschen zählen. Auch auf der Moskauer Außenministerberatung war davon die Rede. Mit der Repatriierung geht es jedoch sehr langsam vorwärts, wovon wir uns auch überzeugen konnten, als wir uns in der amerikanischen Zone aufhielten.

Wir sahen allerdings auch Leute, die nicht heimzukehren wünschen. Die Gründe waren klar. Es sind dies große und kleine Quislinge, faschistische Mitläufer, derer die Anklagebank und die Vergeltung harret. Gerade diese aber leben in der amerikanischen Zone frei und unbehelligt. Die Lagerleitung, der Propagandaapparat sind in ihren Händen, sie üben auf alle übrigen Lagerinsassen Einfluß aus und genießen die Sympathien der Behörden. Eine Angestellte dieser „Leitung“, ehemalige Aufseherin in einem Hitler-schen Arbeitslager, sagte zu uns:

„Ich spreche nur mit Leuten in amerikanischer Uniform...“

Die Faschisten, die sich in den UNRRA-Lagern festgesetzt haben, tun alles, um ehrliche Bürger an der Heimreise zu hindern. In einem Münchener Lager erzählte man uns, kürzlich habe ein Sowjetingenieur namens Sidorow Selbstmord

verübt, da man gegen ihn als „Sowjetagenten“ hetzte.

Ist den Staatsbürgern der Sowjetunion, Polens und Jugoslawiens der Weg in die Heimat versperrt, so liegt ihnen der Weg in andere Länder völlig offen. Werber bereisen die Lager. Man kann einen Kontrakt für Brasilien, Argentinien, Kanada oder Nordafrika bekommen. Die Zeitungen bringen Meldungen über die verlockenden Aussichten, die das brasilianische Paradies den „Neusiedlern“ verheißt.

Für manche „versetzte Personen“ findet sich auch in Deutschland Arbeit. Auf den Münchener Straßen trifft man Hunderte von Leuten in blauer, der amerikanischen sehr ähnlichen Uniform. Es sind das aus „versetzten Personen“ bestehende sogenannte Wachabteilungen. Zu den Abteilungen gehören allein über 40 000 Polen. Die Leute in blauer Uniform bewachen amerikanische Kasernen, Stäbe, Kommandanturen, Konzentrationslager. Meist sind es Anderspolen oder Militärs aus der sogenannten Königlich jugoslawischen Armee. Der reaktionäre Offiziersklüngel hält in der neugebildeten Söldlingsarmee auf faschistische Sitten.

* * *

Außer den versetzten Personen gibt es in München immerhin auch noch Deutsche. In der Kaufinger Straße sahen wir vor einem Schaufenster eine Menschenansammlung. Dort war die Tagesration für den Münchener ausgestellt: zwei Scheiben Brot, fünf Gramm Butter, eine Handvoll Graupen, ein Löffel Kaffee-Ersatz. Darüber ein Plakat: „So lebt man im Paradies Bayern.“ Gutgekleidete Menschen drängten sich vor dem Schaufenster. Wenig Schmeicheles wurde über die Alliierten laut. Die meisten aber lachten. Wir traten an einen Deutschen heran und fragten, warum wohl. Er antwortete:

„Von dieser Ration leben ja lange nicht alle, nur die Arbeiter tun es. Wer Geld hat, kann sich alles kaufen.“

Und wirklich, man braucht nur einen Blick auf die „schwarzen“ Märkte Münchens zu werfen. Man führte uns in eine Straße des Stadtzentrums und zeigte uns ein Restaurant, wo einfach alles zu haben war. Im Laufe einer Woche hat die Münchener Polizei 96 Schieber aufgegriffen. Bei zweien wurden 59 000 Zigarren und 27 Kilogramm Zucker beschlagnahmt.

Abends gingen wir in die „Deutsche-Theater-Bar“. Dies ist die Schleichhändlerzentrale. Ein Platz kostet 20 bis 30 Mark (ein deutscher Arbeiter verdient etwa 150 Mark im Monat). Auf den Tischen sieht man hier die besten Weine, amerikanischen Konserven und Zigaretten. Dunkle

Geschäftemacher aus jedem beliebigen Teil Europas sind hier anzutreffen. Wir bemerkten Schieber aus Griechenland. Ein aus Berlin eingetroffener Schwarzhändler sagte befriedigt: „In München geht es sehr gut!“

Einmal kamen wir mit einem Arbeiter des Münchener Siemenswerks ins Gespräch. Er sagte, wenn man in München leben wolle, dann dürfe man nicht arbeiten. Arbeiter und Schieber bekommen die gleiche Ration. Der Schleichhandel aber ist einträglicher als Fabrikarbeit. In München hat der Arbeiter es schwer, da die Industrie kaum in Betrieb ist. Es gibt viele Arbeitslose.

„Ja, übrigens“, schloß unser Gesprächspartner, „kommen Sie doch einmal ins Werk und sehen Sie sich an, was da los ist...“

Wir taten es. Der Betrieb stellt Apparate für das Fernmeldewesen her. Während des Krieges belieferte er die Hitlersche Luftwaffe. Damals arbeiteten hier Sklaven, ausländische Arbeiter.

Es gelang uns nicht, den Fabrikdirektor Paul Storch zu sprechen. Er hatte allen Grund, einem Zusammentreffen mit uns aus dem Wege zu gehen. Er ist ein aus Berlin entfloherer Erznazi, der in München einen „Freibrief“ vom Entnazifizierungsministerium und von den amerikanischen Behörden bekommen hat.

Die faschistischen Arbeitsgesetze sind in der Fabrik noch heute gültig. Frauen erhalten bei gleicher Leistung um 30 Prozent weniger Lohn als Männer.

Das Interessanteste aber ist das Werklager. Hier liegen Apparaturteile für 3,8 Millionen Mark aufgestapelt. Man erklärte uns, sie seien nur noch zu montieren, sie liegen aber nutzlos herum, da es an einigen Bestandteilen fehlt.

„Bezahlen Sie Siemens wertbeständig, dann können Sie die Teile schon morgen haben. Herr Siemens braucht keine deutsche Mark, er will etwas Reelles“, erläuterten uns die Arbeiter.

Das Werk gehört zu einem Riesenkonzern, der über 25 000 Arbeiter beschäftigt. Dem Potsdamer Abkommen und dem amerikanischen Dekartellierungsgesetz zufolge müßte er aufgelöst werden. Wir fragten die Arbeiter, wie es damit stehe. Sie zuckten die Achseln und sagten: „Das ist Sache der Regierung.“ Bis sich aber die Regierung dieser „Sache“ annimmt, blüht und gedeiht der Siemenskonzern ruhig weiter.

* * *

Dachau liegt unweit von München. Einst war es ein unbekanntes bayrisches Städtchen. Die Hitlerfaschisten haben ihm durch ihr „Vernichtungslager“ zu einer traurigen Berühmtheit verholfen.

In der Geschichte der faschistischen Untaten ist das Kapitel Dachau besonders blutrünstig. Hier sahen wir die Gaskammern und die Räume, in denen die Erschlagenen aufgeschichtet wurden. In den Öfen, in denen Hunderttausende unschuldiger Menschen verbrannten, liegt noch jetzt Asche. Die Wände sind noch immer mit Blut bespritzt. Im Krematorium hängt ein deutsches Plakat aus faschistischen Zeiten, das besagt, man solle auf peinlichste Sauberkeit achten und nicht vergessen, sich die Hände zu waschen.

Jetzt hat sich zu diesem Plakat ein zweites gesellt, eine Aufforderung an amerikanische Besucher in englischer Sprache: „Nichts anfassen! Dies ist nicht der Ort zum Andenkensammeln.“ Das Plakat spricht unleugbar eine beredte Sprache.

In Dachau stehen die Mörder aus dem KZ Buchenwald vor Gericht. Es sind ihrer 31, ihr Rädelsführer ist Prinz Josias zu Waldeck. Unter den mit eingezogenen Köpfen dahockenden Männern in abgetragenen Uniformen fällt eine Frau in gutsitzendem grünem Kleid auf, Ilse Koch, die „Kommandeuse von Buchenwald“, die in Handschuhen aus Menschenhaut herumspazierte.

Die Gerichtsverhandlungen finden vor fast leerem Saal statt. Es ist nicht leicht, in den Raum zu gelangen, man braucht einen speziellen Passierschein der amerikanischen Behörden. Die Ortspresse bringt ausführlich intime Einzelheiten aus dem Leben Ilse Kochs; über die ungeheuerlichen Grausamkeiten der SS-Banditen läßt sie jedoch fast nichts verlauten. Die Verteidiger sind zum Gegenangriff übergegangen. Gleich bei Verhandlungsbeginn fochten sie die Zuständigkeit des Gerichts an mit der Begründung, ein Teil der Verbrechen sei außerhalb der amerikanischen Zone und sogar vor dem Eintritt der USA in den Krieg begangen worden.

Rings um den Riesenhof erheben sich die Kasernen, in denen zu Zeiten Hitlers SS-Wachmannschaften untergebracht waren. Jetzt steht hier ein amerikanisches Regiment. Am Haupteingang ein Basrelief: ein Riesenadler. Früher hielt er ein Hakenkreuz in den Klauen, das jetzt durch das Emblem des amerikanischen Regiments ersetzt ist.

Dachau ist jetzt ein Konzentrationslager für deutsche Kriegsverbrecher.

Es war ein warmer, sonniger Tag, die Gefangenen spazierten in Turnhosen auf dem Hof herum und nahmen Sonnenbäder. Sie haben nicht zu klagen. Einer der Verbrecher, ein ehemaliger SS-Mann aus dem „Vernichtungslager“, sagt höflich lächelnd:

„Oh, hier läßt sich's leben...“

Die Gefangenen erhalten bessere Rationen als die Durchschnittsarbeiter vieler Länder Europas.

Ihnen werden täglich 2000—2500 Kalorien verabfolgt, während der Münchener Arbeiter nur 1000 erhält. Sie bekommen 200 Gramm amerikanischen Tabak pro Woche — ebensoviel wie die amerikanischen Soldaten.

Das Lager hat Klub, Bibliothek und Lesesaal. Wir besichtigten sie. Der Bibliotheksleiter sprang bei unserem Eintritt auf und stellte sich vor:

„Dr. Ernst Boppe, Ex-Staatssekretär des bayrischen Kultusministeriums.“

Sehr bereitwillig erzählte er uns in ausgezeichnetem Englisch seinen Lebenslauf. Er hat eine solide Erfahrung, stand er doch dem Volkswesen im okkupierten Kraków vor. Als wir aber auf ideologische Fragen zu sprechen kamen, sagte Dr. Boppe kurz und bündig:

„Die größte Gefahr für die Welt ist der Bolschewismus. Wenn die Westmächte die Welt vor dem Bolschewismus retten wollen, dann müssen sie uns erlauben, viele deutsche Divisionen aufzustellen...“

Unsere amerikanischen Begleiter waren recht betreten. Sie hatten vergessen, den „Herrn Doktor“ darauf aufmerksam zu machen, daß sich unter den Journalisten auch Korrespondenten aus der Sowjetunion befinden.

* * *

Stuttgart ist gewissermaßen die Hauptstadt der amerikanischen Besatzungszone. Es ist der Sitz ihres sogenannten Länderrats. Im September v. J. hat hier USA-Staatssekretär Byrnes seine bekannte Rede gehalten. Wir waren damals gerade in Stuttgart, hörten Byrnes' Rede und das Heulen der Sirenen der Panzer und Panzerautos, die Byrnes vor den Deutschen schützten, denen er „freundschaftlich die Hand reichte“.

Jetzt beobachteten wir in Stuttgart, wie die deutschen Minister das Stuttgarter Programm Byrnes' in die Praxis umsetzen. Wir unterhielten uns mit dem Generalsekretär des Länderrats, dem Sozialdemokraten Roßmann, den man uns als den führenden Politiker Stuttgarts vorstellte.

Er begann das Gespräch mit einem weitschweifigen Monolog über Demokratie. Wir baten, uns etwas über die Denazifizierung zu sagen. Roßmann erklärte, damit befaßten sich die Länderministerien und nicht der Rat. Wir baten um Auskunft über die Bodenreform. Die gleiche Antwort. Über die Dekartellisierung berichtete uns Roßmann, es sei noch nicht spruchreif, wer sich damit befassen solle. Seit dem Erlass des Dekartellisierungsgesetzes sind aber bereits zweieinhalb Monate verflossen. Dann folgten endlose Klagen über die Machtlosigkeit des Länderrats, über seine unzulänglichen Vollmachten, über die zu große Unabhängigkeit der Länderregierungen...

Danach wurden wir Dr. Heinrich Goldschmidt, dem Leiter der Abteilung für Sozialpolitik im Länderrat, vorgestellt. Er ist zuständig für die Verwendung der Arbeitskräfte, für Löhne und Sozialversicherung. Will man Fragen, auf die keine Antwort erfolgt, eine Unterhaltung nennen, so war dies allerdings eine. Er konnte uns nicht sagen, wieviel Arbeitslose die Zone zählt, wieviel Arbeiter versichert sind, ob die Frauen für gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie die Männer erhalten. Als wir fragten, wieviel Beschäftigte es in der amerikanischen Zone gibt, holte er ein Handbuch für 1924 hervor und suchte darin herum. Dann folgten wieder endlose Erklärungen über die „spezifischen Funktionen“ des Länderrats...

Dr. Hermann Dietrich, Leiter des Zweizonenausschusses für Ernährung und Landwirtschaft, klärte uns im Gegensatz zu Roßmann und Goldschmidt liebenswürdig über das Wesentliche der Situation in der Zone auf.

Gleich zu Anfang platzte er mit folgender Erklärung heraus:

„Wir sind Menschen ohne Raum.“

Er erläuterte uns die Gründe der chronischen Lebensmittelkrise in der englischen und amerikanischen Zone und gab zu diesem Zweck einen Überblick über die „zweitausendjährige Geschichte Westdeutschlands, das mit Ostdeutschland nicht verglichen werden kann“. Er schloß damit, daß die Zahl der Bauernparzellen nicht festzustellen sei, daß man die Bauern nicht zwingen könne, so viel anzubauen, wie das Volk braucht, daß die westdeutschen Bauern an „abwechslungsreiche und schmackhafte Kost gewöhnt“ seien.

Hier fiel uns eine kleine Unterredung unterwegs zwischen München und Stuttgart ein.

Wir hatten auf der Autostraße gehalten, um mit einem Dutzend Bauern zu plaudern, die bei dem Dörfchen Leinheim auf dem Felde arbeiteten. Es waren deutsche Umsiedler aus Ungarn und der Tschechoslowakei. Sie bearbeiteten 200 Quadratmeter Boden, den ihnen ein mitleidiger bayrischer Großbauer zur Bestellung überlassen hatte. Sie schaufelten mit geborgten Spaten, man hatte ihnen in dem einen Jahr, das sie hier waren, nicht einmal geholfen, sich Spaten anzuschaffen.

Die Großbauern und Gutsbesitzer Bayerns wollen auf keinen Fall „Raum“ abtreten. Sie klammern sich hartnäckig an ihre Ländereien, die ihnen übrigens auch niemand streitig macht. Sie sind die unumschränkten Herrscher im Dorf. Daher auch die Sabotage der Lebensmittellieferungen, die ungewöhnlich starke Entwicklung des Schleichhandels, die Prosperität des „schwarzen“ Markts.

Kürzlich machte der Berichterstatter einer amerikanischen Zeitung ein interessantes Experiment. Er fuhr inkognito mit einem Münchener Schieber aufs Land. In einem Dorf bei Ochsenfurt tauschte dieser 500 Pfund Kartoffeln, 100 Pfund Mehl und 5 Pfund Speck ein. Die Bauern holten die Kartoffeln aus Verstecken hervor und antworteten auf die Frage des Berichterstatters, ob es nicht gefährlich sei, Lebensmittel zu hinterziehen, ganz unbesorgt, die Geheimpolizei selbst wisse am besten, wo die Lebensmittel herkämen.

Der Berichterstatter schrieb später:

„Wir erinnerten uns dabei an die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten, der auf den Vorwurf, daß die Bauern Nahrungsmittel stapelten, zur Antwort gegeben hatte, daß 90 Prozent der Ablieferungsquote erfüllt worden seien.“

Diese Antwort ist auch verständlich. Dietrich und seinesgleichen sind darum besorgt, daß die westdeutschen Großbauern ihre „abwechslungsreiche und schmackhafte Kost“ bekommen. Die hungernden Arbeiter gehen sie nichts an. Zum Trost für sie hat man Redereien über mangelnden „Raum“ auf Lager.

* * *

In einem Stuttgarter Theater wird ein Stück folgenden Inhalts aufgeführt. Die Römer belagern und erobern Karthago, sie führen in Karthago eine „Demilitarisierung, Demokratisierung und Dehannibalisierung“ durch. Die „Okkupanten“ auf der Bühne kauen mit Eifer Gummi. Die deutschen Zuschauer lachen sich über die Römer-Amerikaner und über die „Dehannibalisierung-Denazifizierung“ ins Fäustchen. Sie tun es ganz offen, in Gegenwart von Amerikanern. Was geht aber, nicht auf der Bühne, sondern in Wirklichkeit vor sich?

Wir ersuchten um Erlaubnis, das Lager für internierte Nazis in Ludwigsburg besichtigen zu dürfen. Ende v. J. veranstalteten die Lagerinsassen einen Aufmarsch. Dem Zuge wurde eine Strohuppe vorangetragen, die den Denazifizierungsminister Kamm darstellte und verbrannt wurde. In diesem Lager sagte Treffs, der ehemalige Kreisleiter von Ludwigsburg, zu einem deutschen Wachtsoldaten: „Dich haben wir zu erschießen vergessen.“ Hier lassen sich deutsche Wachtsoldaten von den internierten Nazis schriftlich bescheinigen, daß sie entgegenkommend und freundlich mit ihnen umgehen.

Man brachte uns jedoch ins Lager Kornwestheim, das sich angeblich durch ein strengeres Regime auszeichnet. Hier sind 3600 Nazis untergebracht. Sie erhalten 1700—2500 Kalorien pro Tag. Über die Hälfte von ihnen arbeitet nicht.

Als wir das Lager betraten, beschäftigten sich etwa 20 Internierte damit, große Steine nach einem gegebenen Ziel zu schleudern. Zu Ostern erhielten die Internierten von der Lagerverwaltung Ostergeschenke. Die Angehörigen dürfen ihnen Pakete schicken, und sie selbst bekommen „Heimurlaub“. In der amerikanischen Zone heißt es unter den Deutschen: „Will man nicht Hungers sterben, muß man ins Nazilager gehen.“

Das Lager hat Selbstverwaltung, sie liegt in Händen eingefleischter Nazis. Der „Barackenführer“, mit dem wir sprachen, ist Mitglied der Nazi-partei seit 1933. Ein Blick dieses „Führers“ genügt, damit ein Internierter, der uns etwas fragen wollte, momentan verstummte und in der Menge untertauchte.

Man erzählte uns von einem Lager bei Darmstadt, das in der ganzen Zone bekannt ist. Die dort internierten Nazis leben sehr komfortabel. Die Verwaltung gibt ihnen regelmäßig Urlaub; so z. B. bekam SS-Obergruppenführer Prinz Philipp von Hessen seinen „Urlaub“. Marschler, ein Hitlerscher Rädelsführer in Thüringen, wurde aus demselben Darmstädter Lager entlassen.

Die Komödie in den Entnazifizierungsprunkammern steht der in den Lagern keineswegs nach. Ende April behandelte die Wiesbadener Spruchkammer den Fall Georg Jedickes, Generalleutnant der Polizei und SS-Gruppenführer. Ab 1936 war

er Beisitzer am Nazigerichtshof und während des Krieges Polizeigeneral in Riga. Trotzdem lehnte das Gericht den Antrag der Staatsanwaltschaft, Jedicke als Hauptkriegsschuldigen einzustufen, ab und verurteilte ihn zu zweieinhalb Jahren Arbeitslager. Wie dieser Prozeß geführt wurde, geht schon daraus hervor, daß der Anklagevertreter nur einen einzigen Zeugen stellen konnte.

Am 13. Mai wurde in Stuttgart das Urteil über den ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht gefällt. Das Gericht schloß sich dem Antrag der Anklage an, stufte Schacht als „Hauptkriegsschuldigen“ ein und verurteilte ihn zu acht Jahren Arbeitslager, Einziehung seines Vermögens und Verlust sämtlicher politischer Rechte. Einige Zeitungen stimmten sogleich Lobeshymnen über die Erfolge der Denazifizierung in der amerikanischen Zone an.

Es verging ein Monat. Wir kehrten über die bekannten Autobahnen nach Berlin zurück und lasen bald darauf, Hjalmar Schacht sei auf Verfügung des amerikanischen Oberkommandos zeitweilig aus dem Lager Ludwigsburg „entlassen“ worden und beratschlage jetzt mit den Militärbehörden in Frankfurt...

Uns wurde klar, warum im Stuttgarter Theater so herzlich über die „Dehannibalisierung“ gelacht worden war.

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Ein Sachverständiger für Antisowjethetze

In letzter Zeit sind sogenannte Sachverständige für russische Angelegenheiten in den USA große Mode. Ein Amerikaner braucht nur einen oder zwei Monate in der Sowjetunion zugebracht zu haben, um nach seiner Rückkehr sofort als Autorität für alle Fragen des Lebens in unserem Lande zu gelten. Presseorgane, die sich mit der Verbreitung von Verleumdungen über die Sowjetunion befassen, stellen die Feder und die Phantasie solcher — mit Verlaub zu sagen — Kenner gern in ihren Dienst. Die Nachfrage erzeugt hierbei das Angebot.

Wie sich jetzt herausstellt, schreiben die meisten amerikanischen Reporter, die zur Berichterstattung über die kürzliche Außenministerberatung nach Moskau entsandt wurden, gewöhnlich

Notizen aus dem Gerichtssaal oder Sportnachrichten. Sie hatten vorher nicht den geringsten Begriff von unserem Land und wahrscheinlich auch kaum einen blauen Dunst von den internationalen Problemen, die zur Erörterung standen. Nichtsdestoweniger gelten sie jetzt auf dem amerikanischen Zeitungsmarkt als große Spezialisten für sowjetrussische Fragen. In solcher Eigenschaft verbreiten viele dieser unverantwortlichen Journalisten böswillige Märchen über unser Land.

Ein derartiger „Sachverständiger für sowjetrussische Fragen“ ist auch ein gewisser John Fischer. Nachdem er zwei Monate lang am Schreibtisch einer Abteilung der Kiewer UNRRA-Mission gethront hatte, schrieb er, in die USA

zurückgekehrt, ein verleumderisches Buch über unser Land, das sich von andern Elaboraten dieser Art dadurch unterscheidet, daß es außer dem gesamten Sowjetvolk noch speziell die UNRRA-Vertreter der Sowjetunion verleumdet. Fischer behauptet, die UNRRA-Mission in der Ukraine habe durch Verschulden dieser Vertreter nicht viel leisten können.

Diese Behauptungen Fischers sind von MacDuffie und Paul White, den Leitern der UNRRA-Mission in der Ukraine, widerlegt worden. So hat namentlich Paul White in seiner kürzlichen Erklärung über die bevorstehende Auflösung der Mission der ukrainischen Regierung und der

ukrainischen Öffentlichkeit seinen Dank für die günstigen Bedingungen ausgesprochen, die für die Tätigkeit der Mission geschaffen worden waren.

Der Klub „Das beste Buch des Monats“ erhob Fischers Schreiberei zum „besten Buch“ des Monats Mai, was unvermeidlich seine Verbreitung in 300 000 Exemplaren unter der gleichen Anzahl von Klubmitgliedern zur Folge hatte. Die absichtliche Popularisierung des verlogenen und unverantwortlichen Buches ist ein beredter Ausdruck der heutigen Tendenzen in der amerikanischen Politik.

16. Juni

Der UNO-Ausschuß für Wirtschafts- und Arbeitsfragen billigt den von Sowjetseite eingebrachten Resolutionsentwurf, der dem Wirtschafts- und Sozialrat empfiehlt, die Regierungen der UNO-Staaten auf das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in einer Reihe von Ländern aufmerksam zu machen.

Die Regierung der Volksrepublik Serbien bestätigt den Gesetzentwurf über den Fünfjahrplan für die wirtschaftliche Entwicklung der Republik.

Das Landeskomitee des Indischen Nationalkongresses beschließt eine Resolution, die den Fürstentümern verbietet, sich für unabhängig zu erklären und vom übrigen Indien loszulösen.

17. Juni

Die jugoslawische Regierung sendet dem Sicherheitsrat eine Denkschrift zu den am 12. und 13. Juni in den Grenzgebieten vorgekommenen griechischen Provokationen.

Der Nationalrat für sowjetisch-amerikanische Freundschaft veranstaltet in New York eine eintägige Treffen zur Erörterung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen.

18. Juni

Abschluß der Pariser Verhandlungen von Ernest Bevin und Georges Bidault über George Marshalls Er-

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Juni 1947

klärung vom 5. Juni zur wirtschaftlichen Hilfe der USA an die europäischen Länder.

Der Sicherheitsratsausschuß für die herkömmlichen Rüstungen billigt den von der amerikanischen Delegation eingebrachten Arbeitsplan, nach dem die Regulierung und Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte erfolgen soll. Die Sowjetdelegation stimmt gegen den Plan, weil er die Fragen der allgemeinen Rüstungseinschränkung von der Frage des Atomwaffenverbots trennt.

In Helsinki beginnt der zweite Prozeß gegen die Organisatoren geheimer Waffenlager.

19. Juni

Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs fordern die Regierung der Sowjetunion in einer Note zur Einberufung einer Beratung der drei Außenminister auf, auf der Marshalls Vorschlag besprochen und ein Wirtschaftsprogramm für Europa ausgearbeitet werden soll.

Rücktritt der iranischen Regierung.

20. Juni

In Moskau wird die erste Session des Obersten Sowjets der RSFSR eröffnet.

James Harold Wilson, Sekretär für den Überseehandel Großbritanniens, trifft in Moskau ein.

Unterzeichnung eines bulgarisch-tschechoslowakischen Abkommens über Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet.

Die USA gewähren Iran eine 25-Millionen-Dollar-Anleihe zum Ankauf von Restbeständen an amerikanischem Heeresgut.

Die USA und Griechenland unterzeichnen das Abkommen über die amerikanische Hilfe für Griechenland.

Das Repräsentantenhaus des USA-Kongresses überstimmt mit 331 gegen 83 Stimmen das Veto des Präsidenten Truman gegen den arbeiterfeindlichen Gesetzentwurf Taft-Hartley.

21. Juni

Abreise einer Delegation der Sowjetgewerkschaften unter Führung von W. N. Beresin nach Jugoslawien.

Qavam-es-Saltaneh, der bisherige Ministerpräsident Irans, bildet eine neue Regierung.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Indiens beschließt eine Resolution mit einer scharfen Verurteilung der geplanten Aufteilung Indiens.

22. Juni

Die Sowjetregierung erklärt sich in einer Note an die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens damit einverstanden, daß eine Beratung der drei Außenminister über die Frage der wirtschaftlichen Hilfe der USA an die europäischen Länder einberufen wird.

William Clayton, USA-Unterstaatssekretär für Wirtschaftsfragen, trifft in London ein.

In Moskau wird die vierte Tagung des Exekutivkomitees der Weltföderation der demokratischen Jugend geschlossen.

Das ungarische Informationsministerium gibt ein Weißbuch mit Ergebnissen der Untersuchung der antirepublikanischen Verschwörung heraus.

Durch Erlaß Trumans werden in den USA drei Ausschüsse zur Untersuchung von Fragen der Hilfe an fremde Staaten gebildet.

Beendigung des Streiks von 200 000 USA-Seeleuten. Die Forderungen der Ausständigen nach Lohnerhöhung, Bezahlung von Überstunden an Feiertagen und Verlängerung des Kontrakts auf ein Jahr werden bewilligt.

Das Komitee für die Unabhängigkeit Triests, die Kommunistische Partei Julisch-Krains und der Slowenisch-Italienische Antifaschistische Verband Julisch-Krains und Triests schließen ein Abkommen über das Programm der künftigen provisorischen Regierung des Freistaats Triest.

Aufdeckung einer großen illegalen faschistischen Organisation — Fascio d'azione rivoluzionaria — in Italien.

23. Juni

Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs akzeptieren den Vorschlag der Regierung der Sowjetunion, die Beratung der drei Außenminister auf den 27. Juni in Paris anzuberaumen.

Der USA-Senat überstimmt mit 68 gegen 25 Stimmen das Veto des Präsidenten Truman gegen das arbeiterfeindliche Gesetz Taft-Hartley.

In den französischen Citroën-Automobilwerken treten 1100 Arbeiter in den Lohnstreik.

In Washington beginnt der Prozeß gegen Eugene Dennis, den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der USA, wegen „Mißachtung“ des Kongresses.

Eröffnung der ersten Tagung des japanischen Parlaments.

24. Juni

Die französische Nationalversammlung billigt den vom Finanzminister Robert Schuman eingebrachten Finanzplan.

Über 20 000 amerikanische Bergarbeiter treten aus Protest gegen das arbeiterfeindliche Gesetz Taft-Hartley in den Streik.

Starke Börsenbaisse in den USA. Der Kurssturz wird mit der ansteigenden Streikbewegung erklärt.

25. Juni

Rücktritt Enrico de Nicolas, des zeitweiligen Präsidenten der Republik Italiens.

In Straßburg wird der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs eröffnet.

VERLAGSANGEZEIGEN

VERLAG „SOWJETSKI PISATEL“ [DER SOWJETSCHRIFTSTELLER]

LITERATUR DER VÖLKER DER UDSSR

Neuerscheinungen:

- VÖLKERFREUNDSCHAFT.** *Almanach der schönen Literatur der Völker der UdSSR* 228 S., Rbl. 10,—
- SADRIDDIN AINI** — *Des Wucherers Tod.* Erzählung. Aus dem Tadshikischen. Herausgegeben von S. Borodin. 320 S., Rbl. 11,—
Das bedeutendste Prosawerk eines tadshikischen Schriftstellers über das Leben im vorrevolutionären Bucharä.
- GEORGISCHE DICHTER.** Übertragungen von Boris Pasternak. 128 S., Rbl. 5,75
- I. GRISCHASCHWILI** — *Gedichte.* Aus dem Georgischen. 160 S., Rbl. 6,—
- MIR DSHALAL** — *Manifest eines jungen Menschen.* Aus dem Aserbaidshanischen von A. Scharif. Herausgegeben von P. Sletow. 196 S., Rbl. 5,25
Erzählung über den Kampf des aserbaidshanischen Volkes für die Sowjetmacht.
- NAIRI SARJAN** — *Der schöne Ara.* Poem. Autorisierte Übersetzung aus dem Armenischen von M. Petrowych. 152 S., Rbl. 6,75
Dramatische Legende über den Kampf des armenischen Volkes für nationale Unabhängigkeit.
- STEFAN SORJAN** — *Zar Pap.* Aus dem Armenischen von A. Joannissian. Herausgegeben von S. Spasski. 304 S., Rbl. 13,—
Historischer Roman über den armenischen Unabhängigkeitskampf im 4. Jahrhundert.
- SILVA KAPUTIKIAN** — *Gedichte.* Aus dem Armenischen. Herausgegeben von M. Petrowych. 68 S., Rbl. 3,—
- FATYCH KARIM** — *Schützengrabennieder.* Gedichte. Aus dem Tatarischen. Herausgegeben von S. Lipkin. 104 S., Rbl. 4,50
- ARKADI KULESCHOW** — *Gedichte.* Aus dem Bjelorussischen von M. Issakowski. 128 S., Rbl. 5,50
- ILO MOSASCHWILI** — *Gedichte.* Aus dem Georgischen. 108 S., Rbl. 5,—
- IWAN NECHODA** — *Gedichte. 1935—1945.* Autorisierte Übersetzung aus dem Ukrainischen. Herausgegeben von N. Uschakow. 116 S., Rbl. 5,—
- KIRGISISCHE DICHTER. *Gedichte. 1941—1944.* Aus dem Kirgisischen. Herausgegeben von S. Lipkin. 100 S., Rbl. 7,50**
- DICHTER DER REPUBLIK KOMI. *Gedichtsammlung.* Herausgegeben von S. Obradowitsch und W. Juchnin. 112 S., Rbl. 4,25**
- LITAUISCHE DICHTER. *Gedichtsammlung.* Aus dem Litauischen. Herausgegeben von Susanna Mar. 164 S., Rbl. 7,—**
- TADSHIKISCHE DICHTER. *Gedichtsammlung.* Aus dem Tadshikischen. Herausgegeben von I. Braginski und W. Lewik. 96 S., Rbl. 4,50**
- N. SARYCHANOW** — *Turkmenische Novellen.* Übertragen von A. Aborski. 124 S., Rbl. 3,—
- SCHWESTER UKRAINE. *Lieder aus Knechtschaft und Kampf.* Auswahl, Übersetzung und Bearbeitung von A. Globa. 100 S., Rbl. 4,50
Sammlung ukrainischer Volkslieder.**
- LEONID SMILJANSKI** — *Michail Kozjubinski.* Erzählung. Autorisierte Übersetzung aus dem Ukrainischen von W. Rossels. 226 S., Rbl. 7,75
- W. STEFANIK** — *Erzählungen.* Aus dem Ukrainischen von N. Ljaschko. 276 S., Rbl. 7,50
- TUGELBAI SYDYKBEKOW** — *Temir.* Aus dem Kirgisischen. Herausgegeben von W. Roshdestwenski. 190 S., Rbl. 6,50
Roman aus dem kollektivwirtschaftlichen Leben.
- AALY TOKOMBAJEV** — *Begegnung am Morgen.* Gedichte. Aus dem Kirgisischen. Herausgegeben von S. Obradowitsch. 132 S., Rbl. 6,50
- TEMIRKUL UMETALIEV** — *Das Herz des Kirgisen.* Gedichte. Aus dem Kirgisischen. Herausgegeben von S. Obradowitsch. 88 S., Rbl. 4,—
- SIMON TSCHIKOWANI** — *Das Lied von David Guramischwili.* Aus dem Georgischen von W. Dershawin. Herausgegeben von W. W. Golzew. 92 S., Rbl. 4,50
Gedichtzyklus, gewidmet dem bekannten georgischen Dichter des 18. Jahrhunderts.
- JASSYR SCHIWASA** — *Die Inschrift auf dem Kelch.* Gedichte. 1938—1945. Aus dem Dunganischen. Herausgegeben von S. Lipkin. 96 S., Rbl. 3,—
Auswahl von Gedichten des Begründers der dunganischen Sowjetliteratur.
- ALEXANDER SCHIRWANSADE. *Ausgewählte Werke.* Aus dem Armenischen von J. S. Chatschantrianz. 480 S., Rbl. 21,—
I n h a l t: „Der Schauspieler“, „Genossen“, „Um der Ehre willen“ (Schauspiel) und „Chaos“ (Roman).**

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

IN

RUSSISCHER,

ENGLISCHER,

FRANZÖSISCHER

UND

DEUTSCHER SPRACHE

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.